

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

159 (11.7.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postfachler 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Totalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Blinder Eifer.

Die Konservativen hätten sich vorher verständigen müssen, was und wen sie nun für ihre Isolierung in erster Linie verantwortlich machen sollten. So gibt es allerlei Unstimmigkeiten und Widersprüche, und während der eine dem Zentrum Vorwürfe macht und umständlich auseinandersetzt, daß es sich keineswegs in einer Notlage befunden hätte, da die Liberalen im Ernst gar nicht gewillt waren, sich mit den Sozialdemokraten zur Durchsetzung der Erbschaftsteuer zusammenzutun, pausen die anderen ausschließlich auf die Liberalen los, die durch ihre Geneigtheit, die Sache mit den Umstürzern zu machen, die einheitliche bürgerliche Front zerrissen und das Vaterland und wer weiß was sonst noch alles verraten hätten. Nicht einmal die beiden führenden Blätter der Rechten sind miteinander in Übereinstimmung. Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht an dem einen Strang und die „Kreuzzeitung“ an dem andern. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Herr Wassermann erklärt, man sei sich in beiden liberalen Fraktionen darüber einig gewesen, nötigenfalls gleichzeitig die Deszendenzsteuer einzubringen und durchzusetzen. Da aber Herr Wassermann selber öffentlich zugegeben hat, es wäre nicht möglich gewesen, die Deszendenzsteuer mit der Sozialdemokratie zu lösen, so widerspricht seine jetzige Neußerung der vorigen so stark, daß man das Wort „nötigenfalls“ wohl dreimal unterstreichen und in das Reich des Irrealis verweisen muß.“

Gleichzeitig aber läßt sich die „Kreuzzeitung“ vernehmen:

„Diese Neußerung Wassermanns verdient für alle Zeiten festgehalten zu werden. Darnach war also die nationalliberale Partei in vollem Ernste entschlossen, unter Umständen die Erbschaftsteuer durchzusetzen zu wollen, unbekümmert darum, daß damit, wie sie wohl wußte, die Deckung der größeren Hälfte der laufenden Ausgaben unmöglich gemacht würde.“

Diese Widersprüche sind ein Beweis für die Verwirrung, die die Abstimmungen über die Steuervorlagen im konservativen Lager angerichtet haben. Die Wortführer der Rechten können sich noch gar nicht in die neue Situation finden. Sie laufen durcheinander wie geronnene Milch und der eine stolpert über die Beine des anderen. In einem weiteren Artikel versucht die „Deutsche Tageszeitung“ dadurch einen gewissen Ausgleich zu schaffen, daß sie nun auch ihrerseits den Knüttel gegen die Liberalen schwingt. Sie sucht den Eindruck zu verwischen, als hätte sie Herrn Wassermann der Niedertracht eines Zusammengehens mit den Roten nicht für fähig. Aber schon passiert ein neues Malheur. Das Blatt des in Ferien abwesenden Herrn Dertel verteidigt seine Parteifreunde gegen den Vorwurf, sie hätten sich durch die Ablehnung der Zuwachssteuer einem nationalen Werke verjagt und führt aus, daß es gar nicht so schlimme Folgen gehabt hätte, wenn das Zuwachsgesetz nicht zustande gekommen wäre. Die Konservativen hätten alles zur Deckung der neuen Heeresvorlage notwendige bewilligt. Bis zum Jahre 1917 sei auch ohne die Reichsvermögenszuwachssteuer volle Deckung geschaffen, da dieses Gesetz ja erst mit dem 1. April 1917 in Wirkung trete. Dabei aber hat das Schwesterblatt, die „Kreuzzeitung“, eben erst des Himmels Fluch auf die Nationalliberalen heruntergelassen, weil sie bereit gewesen wären, durch einen Verzicht auf die Deckung der Hälfte der Ausgaben, den eine Kooperation mit der äußersten Linken eventuell nötig gemacht hätte, „das große nationale Werk in Frage zu stellen.“

Wenn das Fehlen der Summe, die durch die Zuwachssteuer aufgebracht werden soll, das patriotische Werk nicht gefährden konnte, dann wäre ihm ja auch nach Annahme einer Erbschaftsteuer, mit deren Inkrafttreten nicht bis zum 1. April 1917 gewartet zu werden brauchte, der vorläufige Ausfall jener übrigen Steuern nicht verhängnisvoll geworden, über die sich, wie die Nationalliberalen und Freisinnigen versichern, und die Konservativen glauben, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten nicht hätte erzielen lassen.

Es läuft eben alles darauf hinaus, daß den Patrioten auf der Rechten die Situation verteuert unangenehm ist, und daß sie nun in ihrem Eifer sich von dem Verdacht, sie hätten Soldaten bewilligt, sie nacher aber nicht bezahlen wollen, zu reinigen, sich in die verzweifeltsten und unlösbarsten Widersprüche verwickeln. Aber die Liberalen stehen nicht viel besser da. Sie brauchen sich nicht gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie es an Patriotismus hätten fehlen lassen. Sie haben den 136 000 neuen Soldaten zugestimmt und haben auch für die Aufbringung der Kosten gesorgt. Jedoch, sie müssen Anlagen abwehren, die von der Seite ihrer eigenen Wähler kommen. Das Bürgerturn, auf dem die Zuwachssteuer am stärksten lastet, zeigt ihnen deutlich seine Unzufriedenheit und da verheddern auch sie sich, um die Kreise, die sie nötig haben, wieder einmündig zu stimmen, in alle möglichen Behauptungen.

Sie konnten die Sache nicht mit der Sozialdemokratie versuchen, da sonst das Zustandekommen der Wehr- und Deckungsgesetze gefährdet gewesen wäre, und sie waren doch entschlossen, es mit der Sozialdemokratie zu versuchen. Sie werfen den Konservativen ihre Haltung vor, da sie für 100 Millionen keine Deckung bewilligt hätten und waren doch bereit, „nötigenfalls“ die Finanzreform mit den Sozialdemokraten zu machen, durch die, wie sie ebenfalls dardun, ein ungefähr ebenso großer Posten ungedeckt geblieben wäre.

Wir können diesem lustigen Spiel mit stiller Schadenfreude zuschauen. Es wird immer klarer, daß die sozialdemokratische Fraktion den durch die Verhältnisse gebotenen Weg gegangen ist, und während die andern hin- und hergeschwanken, kann sie sich des Bewußtseins freuen, daß sie sich mit ihren Wählern in Harmonie befindet und es nicht nötig hat, sich gegen die eine oder die andere Seite mit allerlei mehr oder weniger faulen Ausflüchten herauszureden.

Wer trägt die Schuld.

Zu den Streikkravallen in Mülhausen im Elsaß wird uns geschrieben: In Mülhausen im Elsaß löst die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen umfangreiche Erdarbeiten ausführen. Die ausführende Firma ist die Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger, Berlin. Seit dem 9. Juni haben nun 150 Erdarbeiter die Arbeit dort eingestellt. Die Firma hat darauf lange vergeblich versucht, arbeitswillige Ausländer zu den Arbeiten heranzuziehen. Erst am Freitag, dem 4. Juli, hat sie 40 Kroaten in das Baugelände transportieren können; jedenfalls ist sie dabei von der Eisenbahnverwaltung unterstützt worden, die es jederzeit möglich machen kann, von einer kleinen, unbewachten Station die Wagen mit den Arbeitswilligen nach dem Baugelände zu rangieren. Das Vorarbeiten und die Art und Weise, wie die Firma vorgeht, und der ungemöhnlich hohe Schutz, den die Firma durch die Polizei genießt, hat nun die streikenden Arbeiter und die gesamten Arbeiter von Mülhausen überhaupt empört.

In den letzten Tagen ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei welchen Blut geflossen ist. Ja, auch Militär wurde requiriert. Vielleicht werden auch die Gerichte in Tätigkeit treten. Da hat denn die Öffentlichkeit ein Recht, zu erfahren, wodurch der Streik am Nordbahnhof in Mülhausen entstanden ist. Die Ursache des Streiks ist, daß die Arbeiter nur um die Innehaltung des Tarifvertrages im Baugewerbe kämpfen.

In Mülhausen i. Els. gilt der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe. Der Lohn ist auf 56 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die Firma Berger zahlte aber nur 39 Pf. bis 42 Pf. pro Stunde. Wiederholt wurden Beamte des Bauarbeiterverbandes bei dem Vertreter der Firma vorstellig, sie möge doch den Tariflohn zahlen. Aber alles half nichts, die Firma lehnte hochmütig alles ab. Da reichte die Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes ein langes Gesuch bei der Generaldirektion der Reichseisenbahnen ein, mit der Bitte, die Generaldirektion möge anerkennen, daß die Tarifverträge eine reichsweite Einrichtung seien und der Firma dringend anheimgeben, den Tarifvertrag für Mülhausen einzuhalten. Die Bezirksleitung glaubte, daß durch Vermittlung der Generaldirektion die Firma Berger zu bewegen sei, den Tarifvertrag anzuerkennen. Ja, die Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes für Elsaß-Lothringen glaubte sogar, eine Staatsbehörde, wie die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, würde all ihren Einfluß ausüben, um die tariflichen Abmachungen zu schützen. Statt dessen schrieb die Generaldirektion nach 10 Tagen zurück:

Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, auf die Firma Berger in dem gewünschten Sinne einzuwirken. Vielmehr müssen wir, abgesehen davon, daß uns der mit der Firma abgeschlossene Vertrag keine Handhabe dazu bietet, die Regelung des Arbeitsvertrages, soweit nicht gesetzliche Vorschriften in Frage stehen, der freien Vereinbarung der Vertragsparteien überlassen. Auf Anregung des Arbeitsamtes der Stadt Mülhausen haben wir der Firma Berger bereits nahegelegt, die von ihr benötigten Arbeitskräfte, soweit sie es für tunlich erachtet, durch die Vermittlung jener Stelle zu beziehen.

Das Schreiben atmet eine ungläubliche Ahnungslosigkeit in wirtschaftlichen Dingen und gibt Zeugnis von einer großen Gleichgültigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Kräften. Der mit der Firma abgeschlossene Vertrag bietet also keine Handhabe, in Lohnfragen einen Einfluß auf die Firma auszuüben. Die Lohnzahlung ist demnach von der Behörde völlig der Willkür des Unternehmers überlassen. Und das zu einer Zeit, wo alle Welt wissen muß, daß die Löhne im Baugewerbe tariflich geregelt sind! Warum schreiben die Behörden nicht vor, daß bei Arbeiten für sie die Tariflöhne innezuhalten sind? Den Arbeitern blieb demnach nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Der § 7 des Hauptvertrages für das Baugewerbe verpflichtet sie dazu. Dieser lautet:

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren gegenseitigen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Hauptvertrages sowie der auf Grund desselben angefertigten Vertragsmuster abzugeben und von ihnen genehmigten örtlichen Verträgen einzusehen, Verstöße dagegen oder Umgeh-

ungen nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine in Widerspruch hiermit ausbrechenden Aussperrungen, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen zu unterstützen.

So entstand der Streik am Nordbahnhof in Mülhausen. Wer trägt die Schuld? Diese Frage kann nach vorstehenden Tatsachen sich jeder leicht selbst beantworten.

Deutsche Politik.

Der Kampf der Schulbehörden gegen den Arbeiterturnerbund in Württemberg, der sich äußert in dem Verbot des Beitritts von Schülern selbst zu den Jüglingsabteilungen, führte am Dienstag anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation zu einer scharfen Debatte im Landtag. Bei der Begründung der Interpellation wies Gen. Seymann nach, daß das Vorgehen der Schulbehörden jeder rechtlichen Grundlage entbehre. Der Kultusminister behauptete demgegenüber, bei den höheren Schülern ergebe sich das Recht der Verwaltung zu ihrem Verfahren aus der Unterwerfung der Schüler unter die Schulordnung, bei den Volksschulern aus dem Volksschulgesetz, das die Pflege der sittlichen Erziehung vorschreibe. Der Arbeiterturnerbund treibe sozialdemokratische Politik; Politik solle aber überhaupt aus der Schule ferngehalten werden, darum sei das Einschreiten der Schulbehörden berechtigt. Der Staat habe gegen die politische Verheerung der Jugend mit allen Kräften den Kampf zu führen. Nach dieser Antwort legte Gen. Seymann dem Minister auseinander, daß gerade durch die Regierung der politische Kampf in die Schule getragen werde. Nach rechtsgerichtigen Gerichtsentscheidungen gelte selbst in Preußen der Arbeiterturnerbund nicht als politische Organisation. Politische Betätigung sei der deutschen Turnerschaft und dem Jungdeutschlandbund in viel höherem Maße nachzuzulassen. Wenn die Regierung die Mitgliedschaft der Schüler in diesen Vereinen dulde, beim Arbeiterturnerbund sie verbiete, so mache sie sich der bewußten Parteilichkeit schuldig. Die bürokratische Ueberhebung, die auf alle Schöpfungen der Arbeiterklasse geringschätzig herabschäbe, äußere sich hier wieder in den trasslichsten Formen.

In der anschließenden Debatte traten der Zentrumsführer Gröber, der Nationalliberale v. Sieber, der Konservative Wolff und mehr oder minder selbst der Volksparteiler Fischer dem Standpunkt des Ministers bei. Als Gröber es so darstellte, als steh die Pflege sozialdemokratischer Gesinnung im Widerspruch mit der sittlichen Erziehung, protestierte Gen. Keil durch heftige Zwischenrufe gegen diese Beschimpfungen und bezeichnete sie wiederholt als „unverschämte“, was ihm mehrere Ordnungsrufe eintrug. Kräftig ging sowohl mit den bürgerlichen Rednern als auch mit dem Minister Gen. Gildenbrand ins Gericht. Er kennzeichnete die Auffassung des Ministers als die zum Prinzip erhabene Willkür und erklärte, die Herren dürften sich nicht einbilden, daß sie durch das gegen die Arbeiterturner geschaffene Ausnahmeverbot die Arbeiterjugend ins Lager der bürgerlichen Jugend- und Sportvereinigungen hineinreiben könnten. Mit der Förderung der Gleichberechtigung der Arbeiterturner werde nimmer die Sozialdemokratie vor die Wähler treten. Um den Erfolg sei es ihm nicht bange. Seymann zeigte noch an der Hand zahlreicher Beispiele, wie die deutsche Turnerschaft systematisch den Kampf gegen die Sozialdemokratie, also Politik in der geschäftlichen Form treibt.

Dieser Kampf der Behörden gegen die Arbeiterturner wird auf das politische Leben in Württemberg nicht ohne Einfluß bleiben.

Der ehemalige Staatsanwalt als Steuerhinterzieher. Aus einer Berliner Korrespondenz teilt die „Köln. Volksztg.“ mit: „Der Steuerverwaltung von Charlottenburg ist unlängst ein unerwartet großer Betrag, mit dem sie vorher nicht rechnen konnte, zugegangen. Gegen Ende des vorigen Jahres starb der Geheimere Oberbergerrat Wachler, der zu Lebzeiten im deutschen Wirtschaftsleben eine große Rolle spielte. Bei der Regulierung seines nicht geringen Nachlasses wurde die Aufmerksamkeit der Steuerbehörde erregt, die schließlich auch feststellte, daß der Verstorbene lange Jahre sich seiner Steuerpflicht in großem Maße entzogen hatte. Die Erben mußten denn auch 376 000 M. nachzahlen, und zwar 16 000 M. als Strafgebühren und 360 000 M. in den letzten fünf Jahren zu wenig bezahlter Steuern. Hinterzogene Steuern brauchen im Falle der Entdeckung nur für die letzten fünf Jahre nachgezahlt zu werden; es wurde aber festgestellt, daß Wachler mindestens 15 Jahre lang sein Einkommen viel zu niedrig eingeschätzt hat; er hat im ganzen fast eine Million Steuern zu wenig gezahlt. Wachler war erst Staatsanwalt, wurde später von dem Fürsten Wendell zu Donnersmard zum Generaldirektor seiner Unternehmungen gemacht und trat so in ausgedehnte Beziehungen zur deutschen Hochfinanz. Lange Jahre war er stellvertretender Aufsichtsrats-Vorsitzender der Dresdener Bank und wurde schließlich auch vom König ins Herrenhaus berufen.“

Wie oft mag der Herr Staatsanwalt, der den Staat so schändlich betrogen hat, als glühender Patriot gegen die „Umschüler“ gewütet haben!

Auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus. In einer Würdigung, die die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ dem zurückgetretenen Kriegsminister von Heeringen angedeihen läßt, findet sich folgender Satz:

Wir können sagen, daß unter dem letzten Kriegsminister die Armee einen Ausbau erfahren hat, der sie auf ein Jahrzehnt und mehr hinaus in den Stand setzt, allen Eventualitäten gewachsen zu sein.

Diese Charakterisierung der Heeresverfärbung durch eines der führenden Blätter der Küftungspatrioten werden wir uns um so genauer merken, als wir fürchten, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ selber ihre Worte vergessen wird, sobald die unvermeidlichen militärischen Sachverständigen „Läden“ in unserer Küftung entdeckt haben werden.

Auch die „Germania“ meint, vielleicht werde schon in einigen Wochen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ an ihr Verhältnis erinnert werden müßen. Aber die Zentrumspreffe

hätte wahrhaftig am wenigsten Anlaß, sich über das schlechte Gedächtnis der anderen in diesen Dingen zu mokieren.

Landtagswahl in Lippe. Die Stichwahl, die bei einer Landtagswahl der 3. Klasse in Lippe-Deimold zwischen unserem Genossen Kronshage und einem Liberalen stattgefunden hatte, endete mit dem Siege des Liberalen. Gen. Kronshage erhielt 1263, der Liberale, dem auch die konservativen Stimmen zufließen, 1416 Stimmen.

Der „Verfälschung“ der Wahlprüfungen widmet die „Konservative Korrespondenz“ wieder einen längeren Artikel. Sie erhebt die Beschuldigung, daß die Erledigung der Wahlprüfungen für ungültig hätten erklärt werden müssen. — Es ist gewiß bedauerlich, daß die Wahlprüfungen nicht mehr erledigt wurden, auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Nebel und Saale haben feinerzeit schleunige Erledigung der Wahlprüfungen verlangt, aber die Konservativen sollten nur mit für Verfehlung sorgen. Im Liebertschen Kreise sind vor Monaten einfache Erhebungen veranstaltet, ohne daß es gelungen wäre, bisher das Ergebnis zu erlangen. Sollte da die Rücksicht auf Lieberts Mandat eine Rolle spielen?

Bezählte Meuchelmörder. Von einem französischen Flieger wird gemeldet, daß er in den Dienst der mexikanischen Revolutionäre getreten sei und durch einen einzigen Bombenwurf 52 Personen getötet habe. Diese Nachricht regt den „Reichskoten“ gewaltig auf. Er schreibt:

Wenn ein Flieger im Dienste seines Vaterlandes dem Feinde mit dieser furchtbaren Waffe schweren Schaden tut, so ist es etwas anderes. Bis zu einem gewissen Grade wird man auch nichts dagegen sagen können, wenn ein Flieger sich einer dritten kriegerischen Macht zur Verfügung stellt, um Aufklärungsdienste zu versehen. Denn diese sind geeignet, die Truppen vor plötzlichen Ueberfällen und vor Schladten gegen einen übermächtigen Feind zu bewahren und somit das notwendige Blutvergießen nicht über die Grenzen des zur Erreichung des Kriegszweckes unumgänglich erforderlichen hinauszuwachen zu lassen. Aber dieser französische Flieger, der lediglich gegen eine Vergeßlichkeit der Revolutionäre, an deren Ziel er auch nicht das geringste Interesse haben kann, gegen die Regierungstruppen eines fremden Landes untersteht, ist ein bezahlter Meuchelmörder, dessen Geschäft noch besonders bedächtlich wird dadurch, daß er es ausübt gegen einen Gegner, der ihm nicht mit wirksamer Waffe entgegen zu treten vermag.

Dazu siehe sich mancherlei sagen. Aber um die feinfühligsten Patrioten nicht gar so sehr aufzuregen, beschränken wir uns einmischen darauf, den „Reichskoten“ zu fragen, wie er denn z. B. die deutschen Offiziere nennet, die auf Seiten der Türken und der Türken gekämpft haben. Es kommt ja wohl nicht darauf an, ob sie vom Flugzeug herunter Bomben geworfen haben.

Ausland.

Holland.

Ein Sozialdemokrat in der holländischen Ersten Kammer. Am Dienstag hat die Provinzialvertretung von Friesland unserer Parteigenossen Henri van Kol zum Mitglied der Ersten Kammer (Senat) gewählt. Die Wahl war das Resultat eines Wahlbündnisses mit den Liberalen. Mit van Kol zieht der erste Sozialdemokrat in den holländischen Senat ein. Der Gewählte war früher Mitglied der Zweiten Kammer und zeichnete sich dort durch seine umfassenden kolonialpolitischen Kenntnisse besonders aus. Er war im Augenblick seiner Wahl eben auf der Rückreise von einer monatelangen indischen Studienfahrt in Madras in der Mandchurie. Die Wahl von Kol ist ein Erfolg des starken Ansehens der sozialdemokratischen Mandate in der freisinnigen Provinzialvertretung bei den vor einigen Wochen abgehaltenen Provinzialwahlen.

England.

Ein Antrag auf Verhaftung der Bergwerke. Die Arbeiterfraktion hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Uebergang der Bergwerke in das Eigentum der Nation bezweckt und durch seine eingehende Behandlung der Entschädigungs- und der Betriebsfrage besondere Beachtung verdient. Nach dem Vorbild von Neuseeland soll ein Bergwerksministerium geschaffen werden. Entschädigung soll bezahlet werden: 1. der volle Wert aller vorhandenen Einrichtungen zur Förderung; 2. eine Abfindung für den Betriebsgewinn. Kommissionen von Vertretern der Minenbesitzer, der Bergarbeiter und des Publikums sollen unter Berücksichtigung des Reingewinns der letzten 5 Jahre und der voraussetzlichen Lebensdauer der Grube eine Summe festsetzen, die in keinem Falle den Betrag einer jährlichen Durchschnittsausbeute übersteigt.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

45

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Carlson wurde am andern Morgen erst spät wach. Seine Frau war bereits mit dem Morgentee fertig, als er auf der Wiederschleife erwachte. Sie holte eilig die weiße Porzellan-kanne herbei, die sie in den Dien gestellt hatte. Der Tisch war noch für ihn gedeckt. Carlson nahm wie gewöhnlich im Sofa Platz, hatte es aber sehr eilig. Er goß das Getränk hinunter und verschlang in Hast einige Brötchen. Dann wusch er sich den Mund und stürzte in den Baden hinunter. Frau Carlson lächelte ihm stillen hinter ihm her. Er war immer so übertrieben eilig, wenn er glaubte, von seiner Geschäftszeit etwas verloren zu haben.

Carlson aber ging gar nicht in den Baden hinunter, er ging in sein kleines Privatkontor, das sich hinter dem Baden befand. Eine starke Unruhe kam über ihn. Was hatte er nur getan? Der Baden war ihm so gleichgültig geworden, daß er gar nicht an ihn denken mochte. Er begriff nicht, daß er so viel Zeit an diesen kleinen Krimstrams hatte wenden können. Er hatte andre Gedanken bekommen, ganz andre. Hatte er gestern nicht ein Verbrechen begangen? War diese Wollust nicht ein Verbrechen? Hatte er nicht mit allen Schauern empfunden, daß er sich mit der Schwarzen im Verbrechen der Wollust zusammenfand? Hatte er nicht ganz klar und deutlich gefühlt, daß er ihr Bundesgenosse geworden war? Gehörte er nicht fortan mit diesem gefährlichen Weib zusammen? Sie hatte keine Furcht, sie lächelte und lockte ihn hinein, aber ihn jagte die Unruhe durch das Zimmer. Wenn es nun bekannt würde? Man würde ihn ausstoßen, man würde mit Fingern auf ihn weisen, sein Geschäft würde ruiniert sein, an seinem anständigen Tisch würde er sitzen können. Sie war gewohnt, das alles zu entbehren; sie lächelte und lockte mit ihren Reizen, aber was sollte er in diesem Zustand der Furcht beginnen? Am liebsten wäre er zu ihr gelaufen, sie hatte vielleicht Trost für ihn, es war vielleicht nicht so schlimm, aber sie war ja in der anderen Welt, in die man bei

zu 12 Schilling bis zu 100 000 Tonnen, 10 Schilling die Tonne für den Mehrettrag übersteigen darf. 3. Keine Entschädigung soll für das „Vergaberecht“, die feudale Abgabe an den Grundherrschaft, gezahlt werden.

Rußland.

Ein Massenstreik gegen die Todesstrafe. Am 28. Juni begann in Kronstadt eine Kriegsgerichtsverhandlung gegen 52 Matrosen der Ostsee-Flotte, die revolutionärer Umtriebe beschuldigt waren. Die Mehrzahl hatte Todesstrafe zu erwarten. Das erzeugte unter den Petersburger Arbeitern solche Empörung, daß sie in allen Fabriken den Streik erklärten. Am ersten Tage streikten 40 000, am zweiten die doppelte Zahl, und der Streik begann nach Moskau und den Provinzen überzugreifen. Während der 8 Verhandlungstage ruhte die Arbeit. Die Arbeiter erklärten, sie würden kein Todesurteil dulden. Das Urteil des Kriegsgerichts, dessen blutige Rücksichtslosigkeit sonst wohlbekannt ist, trug der Schläge Reue. Es verurteilte 27 Matrosen zu Kerker, 20 zu Strafbauhaftung und sprach 5 frei. Kein Todesurteil wurde verhängt.

Amerika.

Ein Kampf für Demokratie in Uruguay. In nächstwertem Gegensatz zu vielen anderen südamerikanischen Präsidenten, die ihr Amt nur als Mittel zur Bereicherung oder als Stufe zur Erlangung despotischer Gewalt betrachten, hat der Präsident der aufstrebenden Republik Uruguay, Batlle, es unternommen, die Verfassung in demokratischer Richtung zu ändern und so dem Mißbrauch der obersten Gewalt für alle Zeit den Boden zu entziehen. Er fordert nicht weniger als die Abschaffung der Präsidentschaft und ihre Ersetzung durch einen Verwaltungsrat von 9 Mitgliedern. Die Durchführung dieser einschneidenden, für die ganze Gestaltung des politischen Lebens entscheidende Reform erfordert natürlich einen harten Kampf. Darin wird Batlle unterstützt durch seine engeren politischen Freunde, die Batlle-Partei, ferner die Sozialisten und eine Anzahl Syndikalisten. Die Masse des Volkes steht auf seiner Seite. Dagegen wird er bekämpft durch eine als „Contubernio“ (unreines Bündnis) bekannte Vereinigung sämtlicher reaktionärer Parteien: der Nationalisten, Katholiken, der Unabhängigen-Partei, sämtlicher konservativen Körperschaften und fast der gesamten Presse. Es wird also einen harten Kampf kosten, dessen Ergebnis sich nicht voraussagen läßt. Denn die Macht der Grundherrschaft und der ihnen beschriebenen kapitalistischen und Korruptionsinteressen ist dort riesengroß.

Badische Politik.

Eine folgenschwere Beihilfe bei Urkundenfälschung.

Am Freitag, 4. Juli, wurde der Arbeitersekretär Gen. Markloff-Freiburg von der dortigen Strafkammer wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Der Tatbestand, der zur Verurteilung führte, ist folgender: Der 64jährige Dreher kam im Jahre 1909 den Heiratsabsichten einer Witwe in Gündelwang (Amt Bonndorf) mit freudigem Verständnis entgegen. Die Witfrau nahm an seinen 64 Jahren und an seinem wenig gefälligen Aussehen keinen Anstoß, als sie hörte, er besäße als Kriegsteilnehmer von 1870/71 die Anwartschaft auf eine große Rente. Zwar kann D. nicht lesen und nicht schreiben, dafür besitzt er aber eine Phantasie, die ihn befähigte, der Witwe vorzutauseln, er habe bei einem bayerischen Reiterregiment den Feldzug mitgemacht und als Vurdie eines der bekanntesten bayerischen Heerführer seinem General das Leben gerettet. Die Witwe ließ sich durch die schwindelhaften Schilderungen bestimmen, mit ihm den Weg zum Ständesamt anzutreten, hernach kamen jedoch für ihn schlimme Tage. Die Frau drängte ihn fortwährend, seinen angeblichen Rentenansprüchen Geltung zu verschaffen und als er nicht mehr ein und aus wußte, fuhr er nach Freiburg und erzählte W. von seinen erdichteten Rentenansprüchen und bat ihn, eine Urkunde anzufertigen, um damit seine Frau beruhigen zu können. Aus Gutmütigkeit und Mitleid ließ sich W. verleiten, das gewünschte Schriftstück anzufertigen, welche Handlung vom Gericht als Beihilfe zur Urkundenfälschung angesehen wurde.

Markloff ist also das Opfer eines Schwindlers geworden. Er glaubte den Erzählungen eines Betrügers und ließ sich durch die beweglichen Klagen des gewissenlosen

Menschen dazu verleiten, ein Schriftstück anzufertigen, in dem die Angaben des Schwindlers niedergelegt waren. Unter das Schriftstück wurde ein selbstgelegter Name gesetzt und mit einem Stempel verschiedene Buchstaben darunter gedrückt. W. hielt die Sache für eine harmlose Formsache und war der Meinung, daß durch das Schriftstück lediglich der gestörte Friede in der Familie des Geschädigten wieder hergestellt werden könne. Die Angaben, die ihm der Schwindler machte, hielt er für durchaus wahr und nicht im entferntesten kam ihm der Gedanke, daß er sich zum Werkzeug betrügerischer Manipulationen gebrauchen lassen sollte.

Die Freiburger „Volksrecht“ bemerkt zu diesem für die Partei sehr bedauerlichen Vorfall:

Wir wollen durchaus nicht verhehlen, daß W. einen großen Fehler begangen hat, als er unbegrifflichweise dem Dreher den Gefallen erwies, ihm ein Schriftstück auszufertigen, auch wenn es lediglich dazu bestimmt war, den häuslichen Frieden herzustellen. Daran, daß seine im Mitgefühl für die Not des Menschen geborene Handlungsweise für ihn von großer Tragweite sein könnte und ein Unwürdiger seine Gutmütigkeit mißbrauchte, hat Markloff leider gar nicht gedacht. Weder vorher noch nachher hat er den Dreher gesehen, bis er jetzt nach mehr als zwei Jahren wieder mit ihm im Gerichtssaal zusammentraf. Selbstverständlich hat Markloff auch keinerlei materielle Vorteile gehabt oder erwartet, für denjenigen, der Markloff kennt und weiß, wie unendlich viele Arbeit im Dienste rat- und hilfeschüßender Menschen er in seiner Eigenschaft als Arbeitersekretär täglich uneigennützig leistet, bedarf es der besonderen Erwähnung dieses Umstandes sicherlich nicht; wir führen es nur an, um damit böswilliger Verleumdung durch die Gegner vorzubeugen. Was also die Handlungsweise Markloffs auch als schwerer Fehler angesehen werden — und sie war ein solcher — so wird doch jeder, der die edlen Absichten und Motive, denen die Tat entspringen ist, würdigt, zugeben müssen, daß W. seinen Fehler hart genug zu büßen hat.

Es muß abgewartet werden, ob die bürgerliche, insbesondere aber die Zentrums- und die sich wohl gierig auf den Gassen stürzen wird, auch die Motive zur Tat entsprechend würdigt.

Herr Wader

beröffentlicht unter der Spitzmarke „Rebmanns Verteidigung des Bündnisses mit der Sozialdemokratie“ „Glossen zur Rede des nationalliberalen Parteiführers Rebmann auf dem Parteitag am 22. Juni 1913“: Herr Wader beginnt mit Artikel 1 drei Spalten lang. Die Deffentlichkeit darf sich also wohl auf eine längere Seeschlange und der „Baderia“-Verlag auf eine gefalzene Honorarrechnung gefaßt machen.

Wir wollen zunächst abwarten, bis Herr Wader mit seinen „Glossen“ fertig ist und behalten uns vor, dann unsere „Glossen“ über die Stellung Waders zur Sozialdemokratie vor 1907, wo die „sozialdemokratische Gefahr“ für das Zentrum auffallenderweise noch nicht bestand, zu machen.

Aus dem 50. Landtagswahlbezirk (Durlach-Bruchsal-Land)

schreibt man uns: Fast tagtäglich kann man in den Zeitungen lesen, wie die Schwarzen, ganz gleich ob Zentrum oder konservative, an der Arbeit sind, rechtsstehende Nationalliberale für ihre Sache zu gewinnen und als Kandidaten aufzustellen. Daß sie kein Mittel unversucht lassen, geht daraus hervor, daß die Konservativen in unserm Bezirk dem Bürgermeister Wenz von Verghausen, welcher von den Fortschrittlichen als Ortsvorhaupt gewählt wurde, die Kandidatur angetragen haben. Man sucht eben unbedingt einen Mißmachkandidaten. Nachdem man sich auf der Durlacher Konferenz der Konservativen, mit der Kandidatur Reif nicht viel versprochen hatte, ging man auf die Suche nach einem zugkräftigen Kandidaten. Zuerst fragte man den vier Jahren aufgestellten Kandidaten der nationalliberalen Partei, Rierarzt Bauer von Weingarten, welcher aber abwinkte und erklärte, daß er sich streng an die Abmachungen der drei Fraktionen halte. Es wurde weiter sondiert und man ließ den Herrn

Nun, so hatte er auch einmal genossen, er hatte in der Jugend genug gehungert. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und ging mit entschlossenen Schritten durchs Zimmer. Nun schnell noch ein Glas Portwein, dann wollte er in den Baden hinein.

„Guten Morgen“, grüßte er aufgeräumt, dann trällerte er ein paar Mal durch den Baden, ohne sich etwas Bestimmtes vorzunehmen. Der kann leicht lustig sein, dachte der alte Kommiss, der von seiner Arbeit kaum aufgeblüht hatte.

Der Kommiss war viel älter als Carlson. Er war bereits Handlungsgehilfe gewesen, als Carlson mit glühenden Augen und großen, abstehenden Ohren vom Lande herentam. Er hatte kein Geld gehabt, aber das hatte Carlson auch nicht. Carlson aber hatte trotzdem ein Geschäft bekommen, während er ewig bei fremden Leuten hinter dem Ladentisch stehen mußte. War Carlson nun tüchtiger als er? Mein Gott, er war ja überhaupt erst in den letzten Jahren zu einem Menschen geworden! Es hatte ja niemand daran gedacht, daß er auch nur einen brauchbaren Handlungsgehilfen abgeben würde. Aber diese kleine Frau hatte alles möglich gemacht. Sie hatte die Leute zusammengetrommelt, die ihm den Kredit gegeben hatten, sie hatte in den Anfängen des Geschäfts die Kunden zusammengetrommelt, sie hatte an ihm persönlich gearbeitet, bis er sich vor den Leuten sehen lassen konnte; es war kein Kunststück, auf den Weg zur Wohlhabenheit zu gelangen, wenn man eine solche Frau fand. Septimus Wöller wußte, was er jagte. Carlson hatte ein Schweineglück gehabt.

„Guten Morgen!“ Die lange Marie kam mit einem unbefangenen Grinsen herein.

Carlson beugte sich tief hinter den Ladentisch; es lagen da Bindfadentreste auf der Erde, die er durchaus entfernen wollte.

„Guten Morgen!“ Der Kommiss war nicht wenig erstaunt. Die Engelbrechts galten als sehr gute Kunden; aber zu ihnen waren sie noch nie gekommen. Sie ließen viel ansprechen, aber schließlich hatten sie noch immer gezögert. Carl hatte die Sorte ja, und durch den Schlund ging alles. „Was wünschen Sie?“ Das Erstaunen war noch immer in der Stimme.

Vorell, Anstaltsdirektor in Weingarten, fragen. Auch die Herren Gemeinderat Zoller in Durlach, sowie Bezirksbaumwart Doll in Grödingen wurden genannt. So ging's weiter, bis man glücklich bei einer konservativen Besprechung auf dem Ritterhof bei Herrn Merion auf den Gedanken kam, dem obengenannten Bürgermeister Benz von Berghausen die Kandidatur anzutragen. Seine Parteifreunde sollen ihm jedoch, wie man hört, einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben haben.

Ueber „die Stellung der badischen Rechtsliberalen“
erschien in den „Leipz. Neuesten Nachr.“ eine Zuschrift aus Baden, die die „Landesztg.“ empfehlend übernimmt. Der Artikel besteht aus Ermahnungen an die Rechtsliberalen, der badischen Parteileitung trotz Großblock treu zu bleiben, wenigstens noch bei einer Wahl, die nötig sei, um den Proporz zu erlangen und dadurch vom Großblock loszukommen. Als Gründe werden angeführt: Die Notwendigkeit der Abwehr einer „ultramontan-konservativen“ Kammermehrheit, die geringe Achtung, die die Konservativen wegen ihrer Gefügigkeit gegen das Zentrum genießen, die staatsmännliche Haltung der nationalliberalen Kammerfraktion, die unbeeinflusst durch den Großblock bei nationalen, Mittelstands- und kirchlichen Fragen nie versagt habe, wie Religionsunterricht in den Volksschulen, Fortbestand der theolog. Fakultäten und (neuerdings) staatliche Kirchendotationen.

Also ein Beweis, daß in der nationalliberalen Politik trotz Großblock noch ein genügender Fond reaktionären Sanges vorhanden ist, der auch den Rechts-Nationalliberalen genügen könnte.

Das sympathische Berlin und das fromme Münster.

Der „Bad. Beobachter“ schimpft über ein in Karlsruhe verbreitetes Flugblatt der Freidenker und sagt dabei bezüglich des Hinweises, daß in Berlin mindestens 10 000 Personen aus der Kirchengemeinschaft ausgetreten seien:

So sehr solche Austritte bedauerlich sind, so naiv ist der Hinweis auf diese Tat in Berlin. Die „Berliner“ sind bei uns überhaupt nicht gerade sehr beliebt. Das Berliner Freidenkertum aber gilt gleich gar nichts. Denn wenn eine Stadt und ihr Treiben die Gedankenlosigkeit fördert und jeder inneren Sammlung, die für den denkenden Menschen eine Notwendigkeit ist, abhold ist, dann ist es Berlin, wo es freilich mehr — Sympthilitische als Kirchgänger gibt.

Das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei stellt also die Nicht-Kirchgänger gewissermaßen auf eine Stufe mit den Sympthiliten. Ueber die Verwerflichkeit einer solchen Methode brauchen wir uns nicht zu entrüsten; sie gehört zu den arüchigen Kampfmitteln der Zentrumspresse. Aber wenn sie erfolgt in einem Augenblick, wo ein Artikel über das fromme Münster in der Kunde durch die Blätter macht, dann sollte der „Bad. Beobachter“ ein wenig vorsichtiger in seinen Vergleichen sein. In diesem Artikel wurde mitgeteilt:

„Aerzte müssen berufliche Disziplin üben, sonst könnten sie erschreckende Mitterteilungen machen über die hohe Zahl der in Münster mit hässlichen Krankheits Befallenen unter der goldenen Jugend“ und der Studentenenschaft. In der Altersstufe von 20 bis 30 Jahren sollen es 80 bis 90 Proz. sein. Vor dem Ausbau der Universität war kein Spezialarzt für solche Krankheiten in Münster ansässig, jetzt sind deren schon drei vorhanden. Daneben beschäftigen sie eine ganze Anzahl anderer Aerzte in hervorragender Weise mit der Behandlung von derartigen Kranken und sie haben alle vollauf zu tun. Ja, es ist eine traurige Tatsache, derjenige, der nicht schon auf irgend eine Art in dieser Hinsicht krank war, wird nicht für voll angesehen. In den Kreisen der Münsterer goldenen Jugend ist das erotische Thema das einzig mögliche, fesselnde.“

Es gibt somit nicht nur in Berlin mit seinen wenigen Kirchengängern Geschlechtskranke, sondern auch in der frommen Stadt Münster, wo es gewiß an eifrigen Kirchenbesuchern nicht fehlt. Denn dieses Münster gab bei der Reichstagswahl 1907 bei insgesamt 12 000 abgegebenen Stimmen 8200 Zentrumstimmen ab. Der Prozentfuß der Katholiken ist noch größer. Der „Bad. Beobachter“ wird schon zugeben müssen, daß seine Schlusfolgerungen sehr verkehrt waren.

Die Bauberatungsstelle des Landesgewerbeamts.

Vom Landesgewerbeamt ist eine neue Einrichtung ins Leben gerufen worden, die den Zweck verfolgt, die Angehörigen des Baugewerbes und der mit diesem in Verbindung stehenden Handwerkszweige mit sachgemäßem Rat mündlich und schriftlich zu unterstützen. Die Einrichtung will vermeiden, den Handwerkern, Baumeistern, Architekten usw. Konkurrenz zu machen, deshalb wird nur dem Publikum, den privaten Bauherrn und dergleichen Auskunft erteilt. Das Publikum soll sich zunächst an die Baugewerbetreibenden wenden, die für landläufige Fälle selbst imstande sind, die erforderliche Auskunft zu geben.

Die Beratung umfaßt das gesamte Bauhandwerk, also außer dem Gewerbe des Maurer auch das der Steinhauer, Zimmerleute, Schreiner, Glaser, Flechner, Schlosser usw. und sie erstreckt sich auf das künstlerische und technische Gebiet auf Mitteilungen über Bezugsquellen für Baustoffe, erprobte neue Verfahren, Konstruktionsmethoden und dergleichen, sowie auf den Nachweis von sachdienlicher Literatur aus der Bibliothek des Landesgewerbeamts. Immerhin werden wenigstens für die nächste Zeit Auskünfte nur über Fragen einfacherer Natur gegeben werden können; für besonders schwierige und umständliche Fragen komplizierte Berechnungen und dergleichen wird sich die Beratung auf die Auskunft darüber beschränken müssen, wohin sich der Fragesteller zweckmäßig zu wenden hat.

Die im Lande bereits bestehende Beratung seitens der Bezirksvereine des badischen Architektenvereins wird durch die Bauberatungsstelle des Landesgewerbeamts nicht berührt. Nach wie vor wird den Baugewerbetreibenden und dem bauwirtschaftlichen Publikum empfohlen, sich in Fragen der Fassadengestaltung an die Bezirksvereine des Architektenvereins, über welche seitens der großh. Bezirksämter Auskunft erteilt wird, zu wenden.

Die mündliche Beratung geschieht immer, die schriftliche in der Regel unentgeltlich und nur dann, wenn geteuerliche Entwürfe und ein größerer Zeitaufwand für die Auskunft erforderlich werden, wird eine mäßige Gebühr erhoben; in solchen Fällen wird der Antragende von den entstehenden Kosten vorher verständigt werden.

Die Veranstaltung trägt, wie die übrigen Einrichtungen des Landesgewerbeamts, einen gemeinnützigen Charakter; sie soll insbesondere dem kleinen Mann, der sich den mannigfachen neuen Erscheinungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Baukunst gegenüber nur schwer auf der Höhe der Zeit halten kann, ein zuverlässiger Berater und Wegweiser sein.

Zur Lage der Verkaufsheer der badischen Staatsbahn.

Schreibt man uns: Wie weit es kommen kann, wenn das Eisenbahnpersonal ihre Interessenvertretungen nicht in die Hände einer Organisation legt, beweist so recht die Lage, in der sich zur Zeit ein Teil der Verkaufsheer befindet. Da helfen eben alle Eingaben nichts. Nur ganz energische persönliche Vertretung durch eine Organisation ist da imstande, die Generaldirektion von der Unhaltbarkeit des Zustandes zu überzeugen.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gehaltskarris im Jahre 1908 wurden neben anderen Kategorien auch die Verkaufsheer in den Tarif aufgenommen. Ziel Freude herrschte darüber unter diesen Leuten. Man opferte gern einen Teil des Einkommens, nur um in ein festes Verhältnis zu kommen und die Aussicht auf spätere Pensionsberechtigung zu haben. Bittere Enttäuschung aber hat ein Teil der damals nichtentmündigt angefertigten Verkaufsheer erleben müssen: bis heute sind dieselben noch nicht etatmäßig angestellt, trotzdem jeder nahezu 50 und mehr Jahre alt ist und sie alle über 20 Jahre dem Staate treu gedient haben. Wie kommt nun dies?

Nach der Neuordnung des Berufskarrierendienstes im Jahre 1911 wurden die Posten der Verkaufsheer einfach aufgehoben und dafür mehr Maschinenstellen geschaffen. Anstatt nun die bereits angestellten Verkaufsheer in die Maschinenstellen zu überführen, hat man in diese Stellen teilweise wesentlich jüngere Leute, die noch nicht angestellt waren, einrücken lassen. Es mag ja sein, daß dienstliche Gründe hierfür ausschlaggebend waren — wir mögen diese Stellen dieser Leute durchaus nicht —, doch wäre die Beamtenverhältnisse aufgenommen gewesen, die nun einmal ins Beamtenverhältnis aufgenommenen Verkaufsheer auch etatmäßig angustellen.

Seit 1908 haben diese Werksführer keine Verbesserung ihrer Bezüge erhalten und stehen also hinter ihren gleichartigen Arbeitskollegen, denen im Jahre 1901 die „Wohltat“ der Ueberführung ins Beamtenverhältnis nicht zuteil wurde, weit zurück. Die finanzielle Schädigung beträgt für jeden bis heute etwa 300—400 M. Eingabe um Eingabe wird von diesen „Beamten“ in letzter Zeit der Generaldirektion porgelegt. Diese wer-

den aber alle abschlägig beschieden mit der Begründung, daß die Verkaufsheer keinen Beamtenposten innehaben und somit die Verkaufsheer nicht etatmäßig angestellt werden könnten. Auch die Eingabe um Erhöhung der Vergütung wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß die bewilligte Vergütung, die nach den Vergütungsgrundlagen für Werkmeister vorgesehen seien, die Höchstvergütung schon überschritten hätten.

Diese Entscheidungen zeigen so recht die bürokratischen Grundsätze dieser Verwaltung. Wer ist denn eigentlich schuld an diesem unhaltbaren Zustand? Die Verkaufsheer oder die Generaldirektion? Doch sicherlich die Generaldirektion, die die Neuorganisation herbeigeführt hat. Es ist doch ein ganz einseitiger Standpunkt, wenn diese Behörde diesen Leuten, erwidert: „Ja, zu Beamten können wir euch nicht machen, weil wir keine Stellen haben, aber mit euren Arbeiterkollegen können wir euch auch nicht gleichstellen, weil die hierfür vorgesehenen Summe überschritten ist. Ihr seid zwar im Recht und seid vollständig im Recht mit euren Eingaben, aber wir können nichts tun.“

Solche Antwort kann eine Behörde naturgemäß nur Leuten geben, die keine feste Organisation hinter sich haben. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, liegt auf der Hand. Hier muß etwas geschehen. Entweder man stellt diese Leute etatmäßig an oder man zahlt ihnen den seit 1908 gebahnten Lohnausfall an oder man zahlt ihnen den seit 1908 gebahnten Lohnausfall an oder man zahlt ihnen den seit 1908 gebahnten Lohnausfall an.

Aus der Partei.

50. Landtagswahlkreis.

Am Sonntag, 27. Juli, nachmittags halb 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm“ in Weingarten Wahlkreis-Konferenz statt. Die Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben.

10. bad. Reichstagswahlkreis.

An die Mitgliedschaften des 10. bad. Reichstagswahlkreises ergeht hiermit die dringende Aufforderung, Abrechnungen und Gelder für das 1. Quartal 1913/14 sofort an den Kreisleiter Gottf. Schwandt in Karlsruhe, Wilhelmstraße 76, einzusenden.

Kommunalpolitik.

*** Rathausbau in Reichental (A. Gernsbach).** Der hiesigen Gemeinde ist zur Deckung der Kosten der Erbauung eines neuen Rathauses ein außerordentlicher Holztrieb in Höhe von 2200 Festmeter mit Zustimmung der Gr. Forst- und Domänenverwaltung, die erforderliche Staatsgenehmigung erteilt worden.

Die Einsprache gegen die Stadtratswahl in Lahr beschäftigt am Dienstag den Verwaltungsgerichtshof Karlsruhe. Die Einsprache wurde seitens des klagerten Vertreters dahingehend präzisiert, daß im Falle der Nichtigkeitserklärung des bezirksamtlichen Entscheides nicht die ganze Wahl umgeworfen wird, sondern nur eine Stichwahl stattfindet. Der Beschluß der Verwaltungsgerichtshof wird den Parteien schriftlich zugeestellt.

Die Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Freiburg i. Br. ist auf Freitag, 18. Juli, vormittags von 11—12 Uhr, festgesetzt. Sie findet im alten Rathaus statt. Ueber die Kandidatenfrage verlautet noch nichts bestimmtes, sie wird, so viel uns bekannt, zurzeit in den Fraktionen der politischen Parteien lebhaft erörtert; zu einer Verständigung oder zu bestimmten Abmachungen scheint es aber bis jetzt noch nicht gekommen zu sein. Für den Posten haben sich 71 Bewerber gemeldet.

*** Freiburg im Zeichen des Militarismus.** In der gestrigen Bürgerauschussung wurde die Erweiterung der Artilleriekasernenbauten und die Erstellung eines Geschüßregimentplatzes zum Preise von 600 000 M. bezw. 200 553 M. genehmigt. Zu Worten für die neugegründete 5. Pionierkompanie des Telegraphenbataillons Nr. 4 wurden 2 Hektar Gelände unentgeltlich an die Militärverwaltung abgetreten.

*** Bürgermeisterwahl in Heberlingen.** Bei der Bürgermeisterwahl wurde Herr Bräufcher I mit 59 von 98 abgegebenen Stimmen wieder zum Ortsvorstand gewählt und zwar für die dritte Amtsperiode.

*** Von der Hörbahn.** Die Stadtverwaltung Singen hat für das Projekt der Hörbahn einen neuen Finanzierungsplan ausgearbeitet, wonach die Stadt Singen den Hörbahngemeinden gegenüber weitestgehend entgegenkommen bezeugen will. Es soll demnach eine weitere allgemeine Versammlung der interessierten Gemeinden einberufen werden.

Marie wollte Hum kaufen, aber einen guten. Er nannte ihr die verschiedenen Preislagen. Marie schnitt eine unzufriedene Grimasse. „Ja, andere haben wir leider nicht.“ Der Kommiss ärgerte sich, daß dieses Frauenzimmer so hohe Ansprüche stellte. „Wir haben ja noch den Flaschenrum im Keller,“ mischte sich Carlsen in das Gespräch. „Die besten Sorten können wir nicht in einem offenen Faß führen; sie werden nicht genug verlangt.“ Marie begriff; sie wollte den Flaschenrum haben. „Göhen Sie dem Fräulein die verschiedenen Sorten herauf,“ sagte Carlsen. Der Kommiss ging; im Stillen aber schüttelte er den Kopf. Wenn Carlsen Geld verdienen konnte, nannte er die lange Marie Fräulein. In diesem Punkte war er ihm nun doch überlegen. „Hier,“ sagte Marie, als die Tür sich hinter dem Kommiss geschlossen hatte, und reichte Carlsen einen abgerissenen Zettel hinüber. Carlsen war verwirrt. „Strecken Sie ihn ein,“ flüsterte sie schnell und vertraulich. „Wir wollen alles bei Ihnen kaufen, Carlsen, aber wir wollen langsam anfangen, damit die Leute es nicht merken. Nachher bringe ich unser Kontobuch mit. Ist es so gut? Ihre Augen glänzten ihn still und verschwiegen an. „Ja,“ sagte Carlsen leise. „Geben Sie mir Ihre Hand! Sie sind ein feiner Kerl.“ „Le drückte ihm hastig die Hand. Die Schritte des Kommiss wurden hörbar. Der Kommiss stellte eine Reihe von Flaschen auf den Labentisch; Marie wählte eine der besten und verschwand mit einem vielstimmigen Lächeln. Sie hatte für alle Mannsbilder eine Art von wissender Vertraulichkeit. „Die Leute können es machen.“ „Gute Kunden,“ sagte Carlsen kurz. (Fortf. folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstenmal: „Der gute Ruf.“ Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Es ist eine eigentümliche Erscheinung bei den Bühnenstücken der besten Jahre Sudermanns, daß ihr Buchwert größer ist wie der Bühnenwert. Das will sagen: sie sind interessanter zu lesen, als auf der Bühne dargestellt zu sehen. Dieses Schicksal teilt auch Sudermanns jüngstes Erzeugnis; es fesselt wohl bei der Lektüre, vermag aber auf der Bühne nicht mit vollen Rechten zu wirken. Sudermann kennt das kapitalistische Proletariat fortzuweisen. Er sieht mit lauerndem Blick durch die gespideten Geldbeutel hindurch in die wirkliche Herzenssünde aller dieser Zahlenmenschen, denen der Kapitalbesitz, das Ansehen nach außen hin und das die „Heudalen“ noch überragende Auftreten einzigster Lebenszweck, einzigste Daseinsbegründung ist. Sudermann kennt die Bewohner des Tiergartenviertels genau. Ungeschämmt zeigt er uns die typischsten Vertreter; er reißt den goldschillernden Mantel von ihrer Besenlosigkeit und läßt uns einen tiefen Blick in ihre Gesellschaftsmoral und ihre innerliche Warmherzigkeit tun. Sudermann zeigt uns diese Menschen, nicht als das, was sie scheinbar sind, sondern als das, was sie sind; er zeigt uns ihren inneren Wert tatsächlich. Er zeigt uns die schuldigen Goldberge lobend in ihnen die nützliche sinnliche Leidenschaft, dieselbe sinnliche Neigung, wie in der Puppe der armen und schuldlosen Kreatur. Nur das Geld und die Macht des Geldes sichert ihnen das Ansehen und die gesellschaftliche Sonderstellung; — nur mit ihrem Geld erkaufen und erzwängen sie sich ihren „guten Ruf“. Wehe aber, wenn dieser vor der großen Öffentlichkeit nicht mehr steckenrein zu erhalten ist; — dann ist auch ihr Reichtum und Ansehen für sie wertlos geworden. Um diese eventuell vorkommenden Fälle aber zu verhüten, darf das Geld keine Rolle spielen, sofort man vor keiner Charakterlosigkeit und vor keinem Gewissenstand zurück. Dieses Festklammern am gesellschaftlichen guten Ruf, das Ansehen des Ansehens abhängiger Menschen und das Kennzeichnende üble Vertuschungssystem rollt nun Sudermann vor den Augen eines fernatonslustigen Publikums auf. Sehr schön und gewiß auch sehr interessant; aber ein „Schauspiel“

mit dem bei Sudermann gewöhnlichen zündenden Einschlag gibt dieser Vorwurf noch nicht. So was liegt sich ja ganz schön, doch „paßt“ es auf der Bühne nicht. Zunächst fehlen dem Stück die belebenden und kontrastgebenden Lichter, es sind fast keine Bühnenmomente von dramatischer Macht vorhanden und so schleppen sich die Akte ohne eigentliche Höhepunkte fort. Man kann dies am besten aus nachfolgender Inhaltsangabe erkennen:

Karla, die junge Gattin des Geh. Kommerzienrats Weisegger und die schöne Baronin Dorrit v. Tanna sind seit ihrer gemeinsamen Pensionatszeit intime Freundinnen geblieben. Karlas fabelhaft reicher Mann geht das gesellschaftliche Ansehen und der tadellose Schein nach außen hin über alles. Dorrits Mann ist brutal und roh, weil er durch den Ruin seines Schwiegervaters um die erhoffte Mitgift gekommen war. Diese Enttäuschung läßt er nun fortgesetzt Dorrit in Wort und Tat fühlen. Karla, um sich für ihre Eheenttäuschung schadlos zu halten, hatte herzliche Beziehungen mit ihrem jüngeren Jugendgespielen Max Termähen unterhalten. Die traulichen Stellenblicke fanden in Dorrits Wohnung statt und diese mußte im Falle einer Entdeckung mit ihrem guten Ruf Karlas Ansehen leiden. Da eines abends Karla nicht pünktlich erschien, konnte Dorrit und Max fast den ganzen Abend verplaudern. Immer mehr wuchs die gegenseitige Zuneigung und zuletzt schürzte Max, Karla für immer aufzugeben. Noch in später Stunde kam Karla, um ihr heutiges Ausbleiben bei Max zu entschuldigen; sie wurde aber vom Baron überrascht, als sie mit Max die Wohnung verließ. Maxens Vater wünschte eine baldige Heirat des Sohnes mit seinem Mündel Anna Schöwin, da ihm die Besuche in Dorrits Wohnung zu Ohren gekommen waren. Nun erwachte in beiden Frauen der Neid; — erstmals haben sie sich als offene Rivalinnen gegenüber. Karla ist entschlossen, um den Besitz ihres Geliebten zu kämpfen; sie gönnt ihm Anna nicht, — sie gönnt ihr aber auch Dorrit nicht. Sie ist schon im Begriff, ihrem Gatten alles einzugehen. Dorrit verhindert aber die Karlosoph noch glücklich, indem sie Karla zuflüstert: „Er will seit länger nichts als los von dir. Er verabscheut dich. . . das hat er mit geteilt selber gesagt. Nun tu, was du mußt. Du bist — ganz hoffnungslos.“ Die Erkenntnis dieser Wahrheit hat Karla lebte Kraft gebrochen. Verfürt und völlig niedergedrückt schlücht sie sich in ihrem Zimmer ein. Weisegger fordert Dorrit zur Aufklärung auf. Nun erschloß sich Dorrit zur Herrin.

Der Kampf um die Offenbacher Ueberlandzentrale. Die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken hat zu dem Projekt der Ueberlandzentrale der Stadt Offenbach an die Zweite Kammer der Landstände eine Eingabe gerichtet, in der sie unter eingehender Begründung ersucht, den Vorgängen im Kreis Offenbach besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und die Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, daß die Elektrizitätsversorgung des Kreises Offenbach auf rein kommunaler Grundlage unter Ausschluß jeder Beteiligung einer Privatgesellschaft erfolge. Zu diesem Zweck wären die Pläne der Stadt Offenbach auf Ausbau ihres Elektrizitätswerkes zu einer Ueberlandzentrale für den Kreis Offenbach nach jeder Richtung hin zu fördern, und die nachgeordneten Behörden mit entsprechenden Anweisungen zu versehen.

Der Streit zwischen Elberfeld und Barmen. Die dritte Zivilkammer des Elberfelder Landgerichts hat in dem bekannten Streitverfahren der Städte Elberfeld und Barmen das Urteil verkündet. Der Beschluß des Oberlandesgerichts vom 20. Juni wird aufgehoben und der Antrag der Stadt Barmen auf Erlass einer einseitigen Verfügung abgelehnt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts lautete dahin, daß im Wege der einstweiligen Verfügung der Stadt Elberfeld unterzogen werde, ohne Einwilligung der Stadt Barmen der Elektrischen Straßenbahn Barmen-Elberfeld A. G. gegenüber auf die Ausübung des in dem Konzessionsvertrag der Talbahn vom 25. September 1895 in § 12 vorgesehenen Ankaufsrechts bis zum 1. Januar 1920 oder bis zu einem anderen Zeitabschnitt zu verzichten.

Ueber die Dienstleistung eines Gemeindebeamten wegen un sittlichen Verhaltens hatte der Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe zu entscheiden. Das Gericht war der Ansicht: Das allgemein bekannt gewordene unsittliche Verhalten des Klägers ist an sich geeignet, in hohem Grade Aergernis zu erregen und hat solches tatsächlich in der Gemeinde auch erregt. Wenn der Kläger nach Niederlegung seines Amtes gleichwohl zum Bürgermeister ernannt worden ist, so vermag dieser Umstand die Anwendung des § 34 Ziff. 3 Gemeindeverwaltungsgesetz nicht auszuschließen. Denn in bezug auf die Frage, ob die sittliche Verfehlung des Klägers noch eine wirksame Dienstleistung erwarten lasse, ist nicht das Urteil der Wähler allein entscheidend, sondern es muß auch auf die Beziehungen Rücksicht genommen werden, in die er bei seiner öffentlichen Aemterübernahme Amtsführung zu den übrigen Gemeindegliedern, zu den anderen Behörden und überhaupt zur gesamten Öffentlichkeit zu treten hat. Unter diesem Gesichtspunkte mußte seine Entlassung vom Amte des Bürgermeisters im Wege der Verwaltung ausgesprochen werden.

Die Sterblichkeit in den deutschen Großstädten während des Monats 1913. Einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin entnehmen wir folgendes: In 41 Städten, von denen zurzeit Angaben vorliegen, fanden auf 10,246 Millionen Einwohner 11,840 Personen oder auf 1000 Einwohner und 1 Jahr 13,61 (gegen 14,34 und 14,70 im April und März 1913 und 14,12 im Mai 1912, und zwar Kinder im ersten Lebensjahr 2681 oder 3,08 v. T. (3,26; 3,47; 3,23), Personen höheren Alters 9159 oder 10,53 v. T. (10,98; 11,23; 10,89). Die Sterblichkeit war also niedriger als in den beiden Vormonaten und im Parallelmonat des Vorjahres, weil sowohl die Säuglingssterblichkeit als auch die der Personen im höheren Alter im Vergleichmonat gegenüber den drei Vergleichsmonaten sich günstiger gestaltete. Von den einzelnen Städten hatten z. B. Freiburg 18,55, Straßburg 17,22, Weiden 14,56, Wiesbaden 14,56, Dresden 13,61, Frankfurt a. M. 13,39, Karlsruhe 12,70 und Mannheim 12,61 Gestorbene auf 1000 Einwohner aufzuweisen. Karlsruhe nahm mit seiner Sterbeziffer unter den 41 Städten die 17. Stelle ein.

Von den Todesursachen stand im Vergleichsmonat die Tuberkulose an der Spitze. Weiter folgten Lungenerkrankungen, Krebs und dann Magen- und Darmkatarrh (einschließlich Verdauungs- und Nierenkatarrh). In Karlsruhe war die Reihenfolge im Mai: Tuberkulose, Krebs, Organische Herzleiden, Lungenerkrankungen und dann Magen- und Darmkatarrh (einschließlich Verdauungs- und Nierenkatarrh).

Die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe der Stadt Hamburg hat sehr langwieriger Verhandlungen bedurft, da es galt, zahllose Sonderwünsche einzelner Interessenten-Gruppen abzuwehren. Endlich ist ein übereinstimmender Beschluß von Senat und Bürgererschaft zusammengelassen. Das neue Statut trat letzten Sonntag bereits in Kraft. Danach beträgt die zulässige Beschäftigungszeit der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter drei Stunden, und zwar nur in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags, wodurch sie sich für die meisten Geschäfte in der Praxis auf zwei Stunden (8 bis 10) ermäßigen dürfte; im Handel mit Blumen und Kränzen und im Expeditionsgeheim ist außerdem die Zeit von 12 bis 1½ Uhr nachmittags freigegeben; für den Handel mit zubereiteten Fischen ist, entsprechend dem allseitig berechtigten Verkehrsbedürfnis, die Zeit von 6 bis 9 Uhr nachmittags bestimmt worden. Für den Zeitungsvorverkauf und den Handel mit Grabsteinen findet eine Einschränkung der Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht statt.

Situation. Sie gab ihren guten Ruf preis, um das Familien- glück ihrer Freundin zu erhalten und erklärte in Gegenwart ihres Mannes, daß sie nur deshalb Karla am Sprechen verbin- derte, um hier nicht kompromittiert zu werden, denn, erklärte sie, nicht Karla, sondern sie habe zu Max in engen Beziehungen gestanden. Weisegger sah sein Ansehen künftig gefährdet; er vertrat deshalb Dorrit sein ungeschicktes Haus. Das un- vermeidliche Duell zwischen v. Tanna und Max blieb nicht aus. Tanna wurde durch die Kugel an der Lunge verletzt. Als not- wendige Folge dieses Duells mußte auch die Ehe der Baronin geschieden werden. Nun hatte aber während dieser Zeit Karla alles ihrem Mannes eingestanden und dieser sah deutlich die große Gefahr für den guten Ruf seines Hauses ein. Kraft seines Ansehens und seines Geldes will er sich Dorrits Günst wieder sichern und ihr durch die herzhafte Aufnahme in seiner Familie den guten Ruf wieder geben. Auch Dorrit, die nun völlig allein stand, war genötigt, dieses verbindende Angebot anzunehmen. Nur eine ganz kleine Genugtuung erbat sie sich von Weisegger, die lautete: „Fahren Sie voraus und lassen Sie das Portal öffnen, wie bei Ihren großen Festen, denn wenn ich Ihr Haus je wieder betrete, geschieht es nicht etwa über die Hintertreppe — sondern die Markortreppen hoch und durch das Erportal, denn — ich muß doch auch endlich mal anfangen, für meinen guten Ruf zu sorgen!“

Die Sprache des Stückes ist echt Sudermannsche. Sie ist mündgerecht, flüssig und voll geistreichen Redewendungen. Jedoch ist der dialogische Aufbau der einzelnen Akte viel zu breit ausgefallen und, da sich dabei wenig Geschehnisse ereignen, an manchen Stellen von beeinträchtigender Länge. Man empfindet: Sudermann hat den Bühnendramatiker abgestreift und wird zum schmerzhaften, tendenziösen Konversationsplauderer. Be- sonders zu Anfang leidet das Stück beträchtlich unter den Konver- sations-Szenen. Daß aber Sudermann auch noch die Mi- schlüsse fallen ließ (ausgenommen der 4.), dürfte dem großen „Siegeslauf“ des Stückes wenig von Nutzen sein.

Daß dieser neueste Sudermann keinen hervorragenden Erfolg erzielen dürfte, liegt zum Teil an seinen bübnerischen Mängeln: aber ein außer Acht lassen mag auch der Darstellung

Gewerkschaftliches.

Zum Boykott der Firma J. G. Weiß in Stettin. Der Boykott, den die organisierte Arbeiterschaft gegen die Fabrikate der Firma J. G. Weiß in Stettin (Zigarren und Kaffeeurrogate) verhängt hat, scheint schon empfindlich zu wirken. Seiner hat sich bereits die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände angenommen, deren Geschäftsstelle einen Klageruf in die un- ternehmerfreundlichen Blätter lanciert, in dem es am Schluß heißt: „Es bedeutet eine schwere Gefahr für unsere gesamte Öffentlichkeit, wenn das Kampffeld in unseren modernen Ar- beitskämpfen, das doch wirklich ausgedehnt genug ist, nummehr in immer größerer Maße auf die Gesamtheit, namentlich der Konsumenten ausgedehnt wird. Das gibt unseren Arbeitskämp- fen eine Ausdehnung, die im allgemeinen Interesse unerfreulich ist. Es wird aus diesem Grunde sorgfältig zu erwägen sein, ob nicht der Ausdehnung dieses Kampfmittels, doch nach den vorbandenen Anzeichen in immer größerem Maße von den Ge- werkschaften abgemindert wird, durch die Befehrigung entgegenge- arbeitet werden müßte.“

Das organisierte Unternehmertum hat nichts dagegen, wenn Kapitalisten willkürlich Laufende und Abertausende von Arbeit- lern aussperrten und dem Hunger überantworteten. Wenn aber dieselben Unternehmer mit ihren brutalen Mitteln am Ende ihres Vortrags angelangt sind, soll der Staat den Profit retten und Bütteldienste verrichten. Die um bessere Arbeitsbedingun- gen kämpfenden Arbeiter werden also nicht nur durch Aus- hungern und durch Arbeitswillige, die sich nicht scheuen, ihre streikenden Kollegen niederzustechen, nicht nur durch Polizeijän- und Soldaten bekämpft, sondern möglichst Zuchthausgesetze sol- len noch gegen sie geschaffen werden. Die Arbeiter werden solche Altentate auf ihr Recht zu parieren wissen!

Surrapatriotische Sozialpolitik. Daß überall da, wo der Surrapatriotismus grassiert, die Sozialpolitik zu kurz kommt, bezeugt sich wieder einmal in Leipzig anlässlich des vom 12. bis 16. Juli stattfindenden deutschen Turnereffes. Und zwar sind es die ohnehin geplagtesten Geschöpfe, die im „Opferjahr 1913“ dem Patriotismus doppelt opfern müssen, die Bäderge- sellen und Widerlehrlinge, die in diesen Tagen noch gründlicher als sonst ausgebeutet werden dürfen. Der Leipziger Stadtrat hat folgende Verordnung erlassen:

„Sonntagsruhe im Bädergewerbe. Aus Anlaß des zum Turnefeste zu erwartenden starken Fremdenverkehrs hat die königliche Kreisshauptmannschaft zu Leipzig mit Verordnung vom 28. Juni 1913 genehmigt, daß in den hiesigen Bädereien und solchen Sandbädereien, in denen auch Bäderwaren hergestellt werden, die Beurlinge im ersten Lehrjahre bis zu 14 Stunden, die Beurlinge im zweiten Lehr- jahre bis zu 15 Stunden, die übrigen Beurlinge sowie die Gehilfen bis zu 16 Stunden mit Vodarbeiten beschäftigt werden dürfen.

Bedingung: Wenn die Sonntagsarbeiter länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeitnehmer entweder an je- dem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr mor- gens bis 6 Uhr abends oder an jedem dritten Sonntag volle 24 Stunden oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages von mittags 12 Uhr ab von jeder Arbeit freizulassen.

Leipzig, am 5. Juli 1913.
Gen.-A. I. 1953.

Der Rat der Stadt Leipzig. Statt daß die Behörde erklärt, wenn der Lohn an Bad- wärtern und damit der Profit zu steigen verspricht, so stellt mehr Leute ein, genehmigt er eine Ausbeutung junger Menschen bis zu 16 Stunden täglich, so daß diese arme Geschöpfe nach Abzug der doch unumgänglichen notwendigen Essenszeit und der fürerlichen Reinigung kaum 5 bis 6 Stunden Schlaf pro Tag haben dürften, ohne jede sonstige Erholung. Die Bädermeister schmägen natürlich; so ein „Opferjahr“ wünschen sie sich öfter.

Die Gewerkschaften in Holland. Der Niederländische Ver- band der Gewerkschaften hat seinen Jahresbericht über 1912 herausgegeben. Danach hat sich die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 52 285 auf 61 555 gesteigert. 8652 Frauen gehören den Gewerkschaften an. Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 22 593 in Amsterdam wohnhaft, und mehr als 70 Proz. in den beiden Provinzen Nord- und Südholland, in welchen die drei größten Städte liegen. Das Gesamtvermögen der ange- schlossenen Gewerkschaften betrug sich von 1,97 auf 2,82 Mil- lionen Gulden. Von den Ausgaben entfielen 160 000 Gulden auf Streiks, 14 000 Gulden auf Krankenunterstützung, 58 000 Gulden auf Arbeitslosenunterstützung. Pro Mitglied betragen die Ausgaben unserer Gewerkschaften 14,78 Gulden pro Jahr, dagegen bei den christlichen nur 5,15 Gulden, bei den Katholiken nur 5,25 Gulden, bei den anarchistischen Gewerkschaften gar nur 1,70 Gulden.

Aus dem Lande.

Durlach. — Ein Gewerkschaftsfest veranstaltet die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Durlachs am kommenden Sonntag auf dem Platze beim Bahnhof (Viehmarktplatz), worauf wir

zusufahren sein. Die beiden weiblichen Hauptrollen „Karla“ und „Dorrit“ waren nicht in dem Maße auf der Höhe, wie es zu einem vollen Erfolg erforderlich gewesen wäre. Zunächst ließ die Verkörperung der „Dorrit“ durch Elise Noormann völlig kalt. Die lebendigen Garderoben allein konnten keinen genügenden Ersatz bieten. Diese „Dorrit“ war kein Wesen mit einer menschlichen Seele, sondern eine gekünstelte, im richtigen Sinne „geschaukelte“ Theaterfigur, deren Bewegung und Tonfall nicht vom Herzen diktiert, sondern vor dem Garderobe- spiegel ausprobiert wurden. Das Laufen klang kalt; — die Eiferstunde und der Schmerz waren dramatische Theatereffekte. Selbst die entzückend sein sollende Kletterie war nichts, wie ein überfülltes Sprechen mit süßem geistlichem „Mündchen“. Da- bei machte sich eine sprachliche Unreinheit des „s“ unangenehm auffällig bemerkbar und zudem blieben ganze Szenen verständig- nisslos. Melanie Ermath als „Karla“ wäre weit wirkungs- voller gewesen, wenn sie nicht aus Versehen das Hosen- und Hembdregulier gezogen hätte. Schon den Anfang ihrer Rolle hatte sie zu pathetisch und tränenwürdig aufgeführt. Der Dichter schreibt ihr vor: Sicheres, ruhendes, ruhendes Wesen, das gleich- wohl geheimnisvoll hinter sich hindurchschimmern läßt. Dieses „schimmern“ soll aber doch sicher nicht schon zu Anfang so stark betont werden, daß das Publikum gleich merkt: Aha, — um die dreht sich das ganze Stück. Außerdem ist ja dann auch keine Steigerung mehr möglich; abgesehen, daß bei diesem fortwährenden Sentimentalitäten viel an Verständlichkeit ver- loren geht. Manchemal hatte es den Anschein, als sähe man in einem „Mysterium“, nicht aber in einem Kommerziersatsalon des eleganten „Berlin W.“. Schlicht und wohlwollend wirkte Alwine Müller durch Sprache und Spiel als „Anna Schö- lin“. Durchweg gut waren die Herrentrollen besetzt. Besonders Lob verdienen: Paul Gemme als Weisegger, Felix Baumbach als Baron von Tanna, R. Lütjohann als Max und Karl Dapper als Särbit. Auch Hugo Göder als Thermanen war an seinem Platze.

Die Regie Dr. Kronachers hätte vollakt befriedigen können, wenn die vorerwähnten Mängel durch sie behoben wor- den wäre

auch die organisierten Arbeiter der Umgebung aufmerksam machen möchten. Veranstalter des Festes ist das Gewerkschafts- kartell. Wenn der Wettergott einigermaßen ein Einsehen hat, verspricht dasselbe, nach den Vorbereitungen zu schließen, einen hübschen Verlauf zu nehmen.

Stellingen.

— Sozialdem. Verein. Samstag abend findet im „Reichs- adler“ Parteiverammlung statt; in derselben wird Bericht vom Parteitag erfaßt werden.

— Auf Sonntag mittags 3 Uhr ist ein Gartenfest in demselben Stabliement arrangiert. Die Veranstaltung findet auch bei schlechter Witterung (Saal) statt und darf wohl eine zahlreiche Beteiligung seitens der Genossen und der Sports- vereine erwartet werden. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Das Preisegeln beginnt Samstag abend 8 Uhr.

— Trauriges Schicksal. Die Angehörigen der Familie des Silberarbeiters Chr. Furzer in Walsch wurde laut „Bad. Fr.“ in tiefe Trauer versetzt. Nach bevor sich der Trauerzug mit der Leiche des Vaters in Weidweg zur Karlsruher Operation be- geben mußte, die traurige Nachricht, daß auch sie für immer die Augen geschlossen hat. Der Familie, die neun Kinder zählt, wird allgemeine Teilnahme zugewendet.

Kaffatz.

— Parteiverammlung. Morgen Samstag, 12. Juli, abends 10 Uhr, findet im Parteilokal eine Parteiverammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges und pünkt- liches Erscheinen notwendig. Auch wird in dieser Versammlung der Bericht vom Parteitag in Freiburg gegeben.

* Mannheim, 10. Juli. Die Leiche des gestern morgen an der oberen Dreibrücke gekündeten Matrosen wurde als die des 37 Jahre alten verheirateten K. Arnh iter aus Längsfurt festgesetzt, der seit ca. 8 Tagen vermißt wurde.

* Heidenheim (A. Mannheim), 10. Juli. Gestern abend geriet der 5 Jahre alte Sohn des in Heidenheim wohnenden Kaufmanns auf der Hauptstraße dorthin selbst durch eigene Unvor- sichtigkeit unter einem nach Mannheim abfahrenden Zug, wobei ihm der rechte Fuß oberhalb des Knöchels vollständig abgefa- hen wurde.

* Weinheim, 10. Juli. Wie verkauert, beschäftigt das Flugzeugunternehmen Piparti-Koll ihre Fabrikanlagen von Mannheim hierher zu verpacken.

* Lautenbach (Am Gernsbach), 10. Juli. Gestern abend kam es in der Wirtschaft zur „Sonne“ hier zu einem erregten Wortwechsel. Der 23jährige Tagelöhner Josef Böhmert warf plötzlich dem in seiner Nähe sitzenden 83 Jahre alten Landwirt und Gemeindevater Bernhard Ringenfeld eine Flasche an den Kopf. Ringenfeld wurde hierdurch lebensgefährlich ver- letzt. Mörmann wurde verhaftet.

* St. Georgen, 10. Juli. Ein in Uffhausen wohnender Schreiner ließ sich gestern morgen vom Basler Schnellzug un- weit der hiesigen Station überfahren. Der Betroffene war etwa 40 Jahre alt und verheiratet.

* Kallstadt, 10. Juli. Infolge starker wolkenbruchartiger Regengüsse und Hagelstöße ist der Bodensee bedeutend ge- stiegen. In Lindau sind die Stadtbänke verstopft, die tieferen Lotele überschwemmt. Das Wetter ist trübslos.

Landwirtschaftliches.

Friedrichstal, 8. Juli. Die am 8. Juni in Stutensee statt- gefundene Heugraberzeugung der Domänenverwalter hat für manchen Steigerer ein unliebsames Resultat gezeitigt. Bis jetzt war üblich, bei der Steigerung keine Zahl zu nennen, son- dern man bot: „zum Anschlag“. Nun wurde aber, ohne Kenntnis der Steigerer, der Anschlag auf 5 M. pro Los erhöht, was diese nun natürlich bezahllen müssen. Eine Beschwerde bei der Generalintendant war erfolglos. Wir mei- nen, die Verteilungskommission hätte dem bisherigen Steige- rungsmodus unter allen Umständen Rechnung tragen müssen und ihre Teilnehmer nicht auf diese Art hineinfallen lassen dürfen. Nachdem es aber geschehen ist, wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die nicht arme Domänenverwaltung den in gedrängten Verhältnissen lebenden Landwirten für diesmal die Mehrfor- derung nachlasse.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 10. Juli

7. Mord und Mordversuch. Nach einwöchiger Pause trat heute das Schwurgericht für das 3. Quartal nochmals zusammen, um seine Verhand- lungen wieder aufzunehmen und in dem schwersten Falle der Tagesordnung, in einer Anklage wegen Mordes und Mordver- suchs, Recht zu sprechen. Es erschienen vier Personen vor den Geschworenen: die 59 Jahre alte Wilhelmine Sattler, geb. Wagner, aus Wöfingen, der 24 Jahre alte Emil Wagner aus Wöfingen, die 63 Jahre alte Barbara Zisch, geb. Si- mon aus Bretten und die 55 Jahre alte Elise Trapp, geb. Staub aus Stauffenberg, wohnhaft in Karlsruhe. Die Sattler war des Mordversuchs und des Mordes, Wagner des Mordes, die Zisch und die Trapp der Beihilfe zum Mordversuch an- geschuldigt.

In der Scheuer der Eheleute Sattler in Wöfingen wurde am Vormittag des 4. Dezember 1912 der Ehemann, der Land- wirt und frühere Bädermeister Karl Sattler, erschlagen aufge- funden. Man setzte von dem Vorfalle die Behörde in Kenntnis, welche die Leiche gerichtlich beschlagnahmte und deren gericht- liche Untersuchung veranlaßte. Die Leichenöffnung und Leichenöffnung hatten ein überraschendes Ergebnis. Es fanden sich an dem Körper des Toten, besonders am Kopfe, zahlreiche blutunterlaufene Stellen, Hautabschürfungen und noch weiter Verletzungen, die darauf hindeuteten, daß Sattler durch Schläge schwer mißhandelt wurde, daß er durch diese Mißhandlungen den Tod erlitt und daß dann die Leiche in der Scheuer aufge- hängt worden ist, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken.

Die Feststellungen beim Leichenbefund führten zu einer sofortigen energischen Untersuchung zur Ermittlung des Mör- ders. Der Verdacht richtete sich gegen den Stiefsohn des Satt- lers, den Sohn der Ehefrau Sattler aus erster Ehe, Emil Wag- ner, dann aber auch gegen die Ehefrau Sattler selbst. Beide wurden verhaftet. Sie leugneten anfänglich mit aller Ent- schiedenheit, mußten sich aber später angesichts der sie belasten- den Beweismittel zu Geständnissen herbeilassen. Im Verlaufe der Untersuchung stellte sich weiter heraus, daß die Ange- klagte Sattler ihrem Manne schon lange nach dem Leben getrachtet und zweimal den Versuch ge- macht hatte, Sattler durch Gift, welche ihr die Zisch und Trapp angeraten, zu beseitigen.

Die groß. Staatsanwaltschaft hat gegen die Sattler, deren Sohn und die beiden obengenannten Frauen auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung Anklage erhoben. Sie be- schuldigt die Witwe Sattler, daß sie vorzüglich und mit Ueberlegung ihren Ehemann, den Landwirt Karl Sattler in Wöfingen, zu töten versucht habe, indem sie 1. im Sommer 1912 ihm zerriebenes Glas in Fleischschinken zum Essen vorsetzte und 2. im September 1912 ihrem Ehemann in den Wein, den dieser zur Arbeit mitnahm, Schwefelsäure gab; — die

Ein tief gefühltes Verbrechen...

Angeschuldigte Sattler und deren Sohn Emil Wagner, das sie gemeinschaftlich in Wöflingen den Karl Sattler vorzüglich tötet und diese Tötung mit Überlegung ausführten, indem sie am 4. Dezember 1912, früh 8 Uhr, in der Wohnung der Eheleute Sattler solange auf den Sattler einschlugen, bis er tot war; — die Ehefrau Jitsch, der Angeklagten Sattler zur Begehung des ersten Mordversuchs wesentlich Beihilfe geleistet zu haben, indem sie der Sattler auf mehrfaches Bitten um ein Mittel zur Tötung ihres Mannes empfahl, ihm zu diesem Zwecke geriebenes Glas in die Speisen zu mischen; — die Ehefrau Trapp, das sie der Sattler zur Begehung des Verbrechens des Mordversuchs Beihilfe leistete, indem sie denselben auf wiederholtes und eindringliches Bitten um ein Mittel zur Tötung ihres Mannes anriet, ihm zu diesem Zwecke Schwefelsäure in das Getränk zu schütten.

Der Zutritt des Publikums zur heutigen Verhandlung war ein sehr großer; besonders viele Wöflinger hatten sich eingefunden, um dem letzten Akte des Sattlerschen Familiendramas beiwohnen zu können. Alle kamen dabei nicht auf ihre Rechnung, denn der Saal war bald gefüllt und zahlreiche Neugierige konnten keinen Eintritt mehr finden.

Kurz vor 10 Uhr wurden die Angeklagten vorgeführt. Es erschienen jedoch nur die Sattler, Wagner und die Trapp, da die Angebeschuldigte Jitsch inzwischen erkrankt und nicht handlungsfähig ist. Die beiden anwesenden Frauen machen einen unheimlichen Eindruck. Man traut ihnen das schwere Verbrechen, das sie vor die Geschworenen führte, nicht zu. Die Person des Wagner mit seinem verschlagenen Gesichtsausdruck und unfreiem Blick wirkt unheimlich.

Die Sitzung eröffnete kurz nach 10 Uhr Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher. Die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Dr. Kuenzer. Die Verteidigung der Angeklagten führten die Rechtsanwälte Salomon Oppenheimer, Frey und Harzer. Als Vertreter des Justizministeriums wohnte der Verhandlung Oberstaatsanwalt Morath an.

Nach Bildung der Geschworenenbank teilte der Vorsitzende mit, daß die Angeklagte Jitsch nicht erscheinen könne, da sie im Gefängnis krank geworden und sich infolgedessen im Krankenhaus befindet. Nach einer Mitteilung des Bezirksarztbesuches ist der Zustand der Angeklagten ein solcher, daß sie nur zeitweise der Verhandlung anwohnen müsse, so werde nichts anderes übrig bleiben, als die Anklage Jitsch von der heutigen Sache abzutrennen und später zu verhandeln. Der Staatsanwalt stellte einen dahingehenden Antrag. Der Gerichtshof beschloß hierauf, die Anklage Jitsch abzutrennen und nur gegen die drei erschienenen Angeklagten die Verhandlung durchzuführen.

Es kam hierauf zu längeren Erörterungen wegen weiterer Zeugenladungen. Auch in dieser Angelegenheit mußte ein Gerichtsbeschluß gefaßt werden dahingehend, daß die Vernehmung dreier Zeuginnen, der Oberin und zweier Schwestern des Klosters Karmel bei Mariental im Elsaß, dort zu erfolgen hat. Zu diesem Zwecke werden sich heute nachmittag der Vorsitzende Dr. Obkircher, Staatsanwalt Dr. Kuenzer und der Verteidiger Rechtsanwalt Harzer nach dem Kloster begeben. Hierauf wurde in die Verhandlung eingetreten. (Schluß folgt.)

Aus der Stadt.

Karlruhe, 11. Juli.

Die Versammlung der Frauensektion,

die auf gestern abend in den „Auerhahn“ einberufen war, wies leider einen nur spärlichen Besuch auf. Genossin Fischer referierte über den Parteitag der sozialdemokratischen Partei. Nebenher sprach ihr Bedauern über die schwache Vertretung der Frauen auf diesem Parteitag aus und wies auf die Notwendigkeit intensiver Agitationsarbeit für unsere Frauenbewegung hin. In einer Sitzung der auf dem Parteitag vertretenen Frauen wurde insbesondere die Gründung von Kindererziehungskommissionen empfohlen. Mit der Mahnung zu tatkräftiger Mitarbeit der Frauen, namentlich auch bei den Landtagswahlen, schloß Genossin Fischer ihren Bericht. Die anschließende Diskussion befaßte sich in der Hauptsache mit der Agitation unter den Arbeiterfrauen.

Der Vortrag des Genossen Trinks über „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte“ wurde in Anbetracht des schlechten Besuches der Versammlung verschoben. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die Bedeutung des Themas gerade für die Arbeiterfrauen, sondern auch deswegen zu bedauern, weil man in einem Stadtviertel wie der Südstadt, wo so viele Genossinnen und Genossinnen wohnen, einen besseren Besuch erwarten durfte. Diese Gleichgültigkeit muß ohne getadelt werden. Für die weitere Ausbreitung der proletarischen Frauenbewegung und für die Erfüllung ihrer Aufgaben ist es eine unerlässliche Voraussetzung, daß vor allem die einmal organisierten Genossinnen ihre Pflicht und Schuldbigkeit in vollem Umfange tun.

Darlanden.

Wie wir erfahren, beabsichtigt im Vorort Darlanden die Bürgerchaft, ohne Parteunterschied, sich zu einem gemeinsamen Bürgerverein zusammenzuschließen, welcher sich zur Aufgabe machen wird, gegen die Karlruher Stadtverwaltung wegen Nichterfüllung des Eingemeindungsvertrags bezüglich der Durchführung der Stadt. Straßenbahn nach Darlanden Klagen vorzugehen. Die Klage soll nicht nur auf sofortige Einlösung des Vertragsversprechens lauten, sondern es soll auch eine Entschädigung verlangt werden und zwar für die Zeit von 1. Januar 1912 ab, an welchem Tage die Stadt. Straßenbahn vertragmäßig hätte durchgeführt sein müssen. Die Höhe der verlangenden Entschädigung soll nicht unbedeutend sein. Es wurde bezüglich dieser Klage zuerst mit einem Rechtsanwalt Rücksprache genommen.

Im Kampf gegen den Geheimmittelschwindel

versagt die bürgerliche Presse in den meisten Fällen aus dem einfachen Grunde, weil sie sich den aus dem massenhaften Anpreisungen resultierenden Geschäftsgewinn nicht entgehen lassen will. Letzte Woche hatte sich der für den Inseratenteil verantwortliche Redakteur eines solchen Blattes, Redakteur Bergbuch, vom Breslauer Generalanzeiger vor den dortigen Schöffen wegen Förderung des Geheimmittelschwindels zu verantworten. Der die Anklage vertretende Amtsanwalt ließ dabei folgende ungemein scharfe Worte fallen:

„Ich kann nicht umhin, der Schriftleitung des Breslauer Generalanzeigers und dem Ankläger Bergbuch jedes Gefühl für Scham, Ehre und Anstand abzusprechen. Gerade der „Breslauer Generalanzeiger“ würdigt sich schon seit Jahren dazu herab, diesen schimpflichen Handel (mit notorischen Schwindel-Heilmitteln) durch Aufnahme von Inseraten zu unterstützen. Das Ehrgefühl der Schriftleitungen der übrigen hiesigen Zeitungen sträubt sich dagegen, in einer so strubellösen Weise dem Schwindel Vorschub zu leisten. Ich kenne den Inseratenteil der „Volkswacht“, der „Schlesischen“ und „Morgen-

zeitung“ usw., nirgends habe ich solche Schmuckfunktions entbeden können. Die Schriftleitung einer solchen Zeitung handelt ehrlos und verwerflich. Dem angeschuldigten Redakteur stand als einziger Milderungsgrund zur Seite, daß er unter äußerlicher Billigung der Schriftleitung (oder soll es heißen Geschäftsleitung?) solche Inserate nicht zurückweisen darf!“

Es soll nicht nur in Breslau, sondern auch andernwärts bürgerliche Blätter geben, die den Behörden im Kampf gegen den volkschädigenden Geheimmittelschwindel jede Unterstützung versagen. Ob sie sich die obige Kennzeichnung eines solchen Gebarens hinter die Ohren schreiben und sich eines bessern besinnen werden?

• Eine Bürgerausführung, welche sich mit einer Reihe stadträtlicher Vorlagen zu befassen haben wird, findet am Freitag, 25. d. M., statt. Ueber die Tagesordnung dieser Sitzung werden wir noch Mitteilung machen.

st. a. Beschäftigungsgrad im Monat Juni nach den Nachweisungen der Krankenkassen. Am 1. Juli hatten 23 Krankenkassen der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 43 636 Versicherungs-pflichtigen Mitgliedern (darunter 14 946 weibliche) aufzuweisen. Das sind gegenüber dem 1. Juni d. J. 53 männliche und 272 weibliche weniger, gegenüber dem 1. April d. J. 543 männliche mehr und 190 weibliche weniger und gegenüber dem 1. Juli 1912 1075 männliche und 806 weibliche mehr.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Sommer-Theater. Heute findet die 7. Vorstellung von „Hilzgauber“ statt. Die Operette, die übrigens vor kurzem in Berlin ihre 250. Aufführung erlebte, scheint sich auch in Karlsruhe zu einem Schläger zu entwickeln, wenigstens erzielte sie am letzten Sonntag ein völlig ausverkauftes Haus; die Rollenbesetzung ist die gleiche wie bisher.

Neues vom Tage.

Ein Werber der Fremdenlegion vor Gericht.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Vor der Strafkammer hatte sich gestern der 1894 hier geborene Handlungsgehilfe Theodor Marfel wegen Vergehen gegen § 141 St.G.B. zu verantworten. Er war angeklagt, die Handlungsgehilfen Wilhelm Schöll und Alexander Gerhard französischen Werbemännern für die Fremdenlegion zugeführt und es bei zehn weiteren jungen Leuten versucht zu haben. Zu der Verhandlung waren 19 Zeugen erschienen. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 2 1/2 Jahre Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Gefängnis beantragt.

Verhaftung eines Schuldirektors.

Leipzig, 10. Juli. Die Verhaftung des Privat-Schuldirektors Wolter aus der Inselstraße erregt großes Aufsehen. Wolter wird zur Last gelegt, sich an mehreren Schülerinnen vergangen zu haben. Durch seine Verhaftung kam man auch dahinter, daß Wolter weder Madamefier ist noch daß er die Verhaftung hat, ein Lehramt auszuüben. Er ist als ein stark verschuldeter, schon vorbestrafter Schwindler entlarvt.

Verunglückte Bergleute.

Essen (Ruhr), 10. Juli. Auf der Zeche „Adolf von Panse-mann“ wurden zwei Bergleute verschüttet und sofort getötet.

Ginrichtung.

Berlin, 10. Juli. Heute morgen wurde im Hofe der Straf-anstalt Röhrensee der Bautechniker Stahl hingerichtet. Die Revision Stahls war vom Reichsgericht abgelehnt worden. Er hatte im März 1912 in Schwarzenberg seine Geliebte, die 24-jährige Wirtschaftlerin Margarethe Rosenburg, erschossen.

Schwerer Sturm.

Mailand, 10. Juli. In Italien wütet seit 24 Stunden ein furchtbarer Sturm. Die Umgebung von Verona hat durch Hagelschlag schweren Schaden gelitten. Der Schaden wird auf über eine Million Lire geschätzt. Ähnliche Nachrichten kommen auch aus Toscana. In der Umgebung von Verona stürzte infolge des Sturmes ein Haus ein, wobei vier Personen verletzt wurden. Es gelang, die Verschütteten zwar zu retten, doch war eine Person bereits tot, die drei anderen schwer verletzt.

Deutsch-französische Friedensbesprechungen.

Paris, 10. Juli. 30 Mitglieder des deutschen Lehrervereins, welche ihre Ferien in Paris verbringen, wurden von dem französischen Lehrerverein der Seine, der 5500 Mitglieder zählt, zu einer Generalversammlung eingeladen. Die deutschen Lehrer wurden von ihren französischen Kollegen aus das lebhafteste Interesse entgegengebracht. In seiner Begrüßungsrede hob der Präsident des französischen Lehrervereins hervor, daß die Lehrer zu beiden Seiten der Grenze viel für die Sache des Friedens tun und diesen fördern können. Sie hätten einen großen Einfluß auf das Volk. Ein Vorkämpfer der deutschen Lehrer dankte für die herzliche Aufnahme.

Todesurteil.

Madrid, 10. Juli. Der Spanier Sanchez Allegro, der am 13. Mai ein Attentat gegen den König Alfons versucht hatte, wurde gestern vom Schwurgericht nach längerer Beratung zum Tode verurteilt.

Todesfall.

Tanger, 10. Juli. Auf seiner Farm Krata bei Satti in Marokko starb gestern im Alter von 48 Jahren Robert Mannes-mann, Mitinhaber der bekannten Industrie-firma Gebüder Mannesmann in Remscheid. Ihm lag es ob, die großen marokkanischen Interessen der Firma wahrzunehmen. Die Leiche soll nach Remscheid überführt werden.

Wetterbericht. Das nördliche Tieflandgebiet hat einen Ausläufer über Frankreich ausgebildet, der uns verbreitete Niederschläge bringen wird. Da das Hochdruckgebiet nach dem äußersten Südwesten zurückgewichen ist und gleichzeitig im Nordwesten eine zweite Depressions liegt, haben wir mit Fortdauer des schlechten Wetters zu rechnen. — Voraussichtliche Witterung: Fortdauernd trüb und kühl, verbreitete Regenfälle.

Der neue Balkan-Krieg.

Belgrad, 10. Juli. Das Reichbüro meldet: Alle Angriffe der Bulgaren auf die serbisch-bulgarische Grenze zwischen Bajabar und Piroi sind vollständig abge-schlagen worden. Die Einnahme von Knjazevatz durch die Bulgaren war möglich, weil sich in der Stadt nur wenige Soldaten befanden. Als aber Verstärkungen ankamen, wurden die Bulgaren vollständig zurückgeschlagen. Es befindet sich jetzt kein bulgarischer Soldat mehr auf serbischem Gebiet.

Belgrad, 10. Juli. Bis zum Nachmittag hat die serbische Kavallerie bei der Verfolgung der vierten bulgarischen Armee, die auseinander gesprengt worden war, Kadavere bejagt. Der Feind hat sich, ohne den geringsten Widerstand entgegenzusetzen, zurückgezogen. Die Bulgaren hatten bei ihrem fluchtartigen Rückzuge nicht Zeit, die gefallenen bulgarischen Soldaten und Offiziere zu beeraben.

Sasanoff nimmt die Intervention an.

Paris, 10. Juli. Nach einer Blättermeldung hat Sasanoff infolge des Anstehens Bulgariens unverzüglich die Regierungen Serbiens und Griechenlands gebeten, ihm be-fannt zu geben, unter welchen Bedingungen sie den Frieden schließen würden. Sasanoff wäre geneigt, die Kriegführenden zu erjuchen, einen Waffenstillstand abzuschließen und Dele-gierte nach Petersburg zu entsenden. Man glaubt, daß Sasa-noff die Intervention nicht angenommen hätte, wenn die bulgarische Regierung sich nicht bereit erklärt hätte, den Serben und Griechen Zugeständnisse zu machen und den Ru-mänen einen Teil der von ihm beanspruchten Gebiete abzu-treten. Griechenland dürfte sich besonders anpruch-s-voll zeigen, weil es seit Ausbruch der Feindseligkeiten we-niger gelitten hat als Serbien.

Wien, 10. Juli. Die hiesigen Abendblätter — die Wiener Presse zeichnete sich bisher durch bulgarengünstige Meldungen besonders aus — bestätigen, daß Bulgarien sich auf der ganzen Linie auf dem Rückzug befindet, und daß Bulgarien sich an Ausland um Friedensvermittlung gewandt hat. Nach der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ ge-schah das gestern in einer einstündigen Unterredung des bul-garischen Gesandten Bobtschew in Petersburg mit dem Minister Sasanoff, während der Bobtschew wiederholt in laute Weinen ausgebrochen sein soll. — Von serbischer Seite erfährt die „Wiener Allgemeine Zeitung“, Serbien werde einem Waffenstillstand mit Bulgarien nur unter der Beding-ung zustimmen, daß über die wichtigsten Punkte des Frie-densvertrags vorher ein vollständiges Einbernehmen erzielt worden ist, um zu verhindern, daß Bulgarien den Waffenstill-stand nur zur Stärkung seiner militärischen Stellung benutze. Serbiens Friedensbedingungen sind: Verzicht-leistung Bulgariens auf die sogenannte un-besetzte und die bestrittene Zone in Mazedonien, wodurch Ueskub, Kumanovo, Koprivitsa, Zhitip, Ohrida und Monastir an Serbien und das verbündete Griechenland fallen werden.

Bulgarische Mißerfolge.

Belgrad, 10. Juli. Die Serben eroberten nach kurzem Kampf Radowitsche (östlich Zhitip), die Grie-chen Petritsch und Strumitza. Die bulgarische Armee floh panikartig in der Richtung gegen die Höhen von Malch-fanika hin. Die gestern abend in Knaschewatz (Nord-serbien) eingedrungenen bulgarischen Truppen wurden, wie amtlich gemeldet wird, vollständig aufgerieben. Bei Masina wurde eine bulgarische Schwadron gefangen ge-nommen und eine bulgarische Maschinengewehrabteilung auf-gehoben. Die bulgarische Armee unter General Rowat-schew ist im Rückzug begriffen.

Salonik, 10. Juli. Hier verlautet, daß Operationen sowohl in der Richtung auf Strumitza als auch gegen Demir Bissar im Gange seien. Die griechische Flotte habe die Stellungen der Bulgaren am Pangäon beschossen, wodurch diese gezwungen wurden, zurückzuweichen. Eine veruchswiese von Genghelt gegen Miretschke (nach Norden) vorgeschickte Lokomotive mußte noch vor dieser Station umkehren, weil sie von den Bulgaren beschossen wurde.

Waffenstillstand?

Berlin, 10. Juli. An der Börse war das Gerücht ver-breitet, daß zwischen den Kriegführenden ein Waffenstill-stand abgeschlossen worden sei.

Paris, 10. Juli. Die Agence Havas meldet aus Peters-burg, Bulgarien erklärte, um Unvergehen zu vermeiden, überlasse Bulgarien es völlig Rußland, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen.

Letzte Nachrichten.

Von dem Mühlhauser Erdarbeiterstreik.

Mühlhausen i. Gh., 10. Juli. Die Lage im Streit-gebiet ist auch heute wieder ruhig und unverändert. Am Abend ließen Bürgermeister und Polizeipräsident fol-genden Maueranschlag anbringen: Ueber die gütliche Bei-legung der bei den Bauarbeiten am Nordbahnhof entstandenen Streitigkeiten sind heute auf der Generaldirektion der Reichs-eisenbahnen in Straßburg im Beisein von Abgeordneten und Behörden Verhandlungen eingeleitet worden, die in einer morgen vormittag 10 Uhr auf dem Rathaus in Mühlhausen stattfindenden Zusammenkunft der Beteiligten fortgesetzt werden. Nachdem die Firma Julius Berger sich zu einem Entgegenkommen bereit erklärt hat, ist ein günstiger Schluß der Verhandlungen zu erwarten. — Nach 5 Uhr wurden die beiden Opfer, die bei den Streiktravallen ums Leben gekommen sind, unter außerordentlich großer Beteiligung der Arbeiterchaft in Dornach beerdigt. Den Särgen voran wurden an 20 Kränze, größtenteils mit roten Schleifen und Zin-nschriften getragen. Am Grabe sprachen u. a. Reichstagsabge-ordneter Emmel und der Gauleiter Voigt aus Straßburg. — Morgen abend findet in der Markthalle eine von der Sozialdemokratie einberufene öffentliche Protestversammlung statt.

Ein Niederlage der Konservativen.

Gardelegen, 10. Juli. Bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen erhielt von Kröcher (kons.) 11 100 Stimmen, Dr. Böhme (Wauern-bund) 13 803 Stimmen. Das Ergebnis einiger kleiner Ort-schaften steht noch aus, doch ist die Wahl von Dr. Böhme gesichert.

Die französische Wehrvorlage vor der Kammer.

Paris, 10. Juli. In der heutigen Sitzung der Kammer fand die Beratung des Artikels 6 des Militärgesetz-entwurfs statt, der sich auf die Frage des Einstellungsfaktors bezieht. Jaures warf in heftiger Weise der Regierung vor, die Kränkung dieser Hauptfrage der Aushebung zu spät vorge-nommen zu haben. Er sagte, daß die Zusammenhang-losigkeit der Regierung angesichts des elenden Zu-standes der jüngeren Mannschaften der Jahresklasse 1910 tragisch sei, denn diesen leuchtete seit 8 Tagen der Hoffnungsstimmer des Freimercens. Jaures fragte die Regierung an, daß sie die Kammer vor die Alternative stelle, die nächsten Hoffnungen der jungen Soldaten oder die Kränkungs- und Sterblichkeitsziffer der ent-jungen Soldaten zu erhöhen. (Beifall auf der äußersten Linken und auf einem Teil der Rechten.)

Ministerpräsident Barthou wies darauf hin, daß die ganze Frage der Einstellung Zwanzigjähriger der Regierung des Parlaments entspreche. Die Vorteile dieser Maßregel, die er im Prinzip anerkenne, stehen in keinem Zusammenhang mit einer Entlassung des Jahrgangs 1910. (Beifall im Zentrum.) Der Vorwurf Jaures, er habe die Soldaten dieses Jahrgangs gelüßt, treffe die Regierung nicht. Die Regierung habe durch die Mitteilung der Gutachten des Obersten Gesundheitsrats und des Gesundheitsbeirats eine Prüfung der Frage nach allen Richtungen durch Kommission und Parlament herbeiführen wollen und damit loyal gehandelt. (Beifall auf verschiedenen Seiten.) Er wolle durchaus nicht auf die Kammer drücken, sondern ihren Beratungen volle Freiheit lassen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf einigen Banken der Linken, ironisches Lachen auf der äußersten Linken.)

Schließlich wurde Artikel 6 mit den dazu gehörenden Amendements an die Kommission zurückverwiesen und die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Eine spanische fremdenlegion?

Madrid, 10. Juli. Nach einer Aeußerung des Kriegsministers steht unmittelbar eine Verordnung bevor zur Anwerbung von Freiwilligen für das Heer in Marokko, die hauptsächlich unter den Fremden nach dem Vorbild der französischen Fremdenlegion gesucht werden sollen, und den anderthalbfachen Sold der spanischen Soldaten beziehen, nach vier Jahren vollständig beurlaubt und durch Verteilung von Land und anderen Vergünstigungen belohnt werden sollen. Die spanische Unternehmung, die ein entsprechendes Werbogeld erhält, soll sich verpflichtet haben, sofort 2000 Mann zu stellen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinarbeiter-Verband.) Samstag, 12. Juli, abends punkt halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. 2142

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute abend halb 9 Uhr in der Schützenhalle Zusammenkünfte sämtlicher Abteilungen zum Bezirksturnfest. Erscheinen aller Turner notwendig. — Sonntag Beteiligung beim Kinderfest des Gesangvereins „Vorwärts“. Abmarsch halb 2 Uhr vom Lokal. Bei schlechter Witterung von 5 Uhr an gemütliches Beisammensein im Lokal. 2148

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 13. Juli: A) Tages-tour Gaggenau, verbrannter Felsen, Merkur, St. Lichtental, Baden. Abfahrt 6.08 Uhr Hauptbahnhof. Fahrpreis 1.50 Mk. Gehzeit 5 1/2 Stunden. B) Halbtagestour: Abmarsch 1 Uhr von der Wolfartsweierer Brücke nach Willstfeld, Wolfartsweierer, Müppurr zurück. 2143

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“.) Sonntag, 13. Juli, Beteiligung am Kinderfest des Sängerbund „Vorwärts“. Abfahrt punkt 1 Uhr vom Lokal Kaiserstr. 13. Bei ungünstiger Witterung acht Tage später. Die Mitglieder werden ferner ersucht, sich vorm. 9 Uhr im Lokal einzufinden zwecks Defizierung der Räder. 2144

Durlach. (Gewerkschaftskartell und Konsumverein.) Samstag, 12. Juli, abends 9 Uhr, findet im „Löwenbräu“ eine Sitzung der Gewerkschafts- und Konsumvereinsfunktionäre statt. Tagesordnung: „Volkspflege“. Wir ersuchen um vollzähliges Erscheinen. 2147 Die Kommission.

Pos. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 12. d. M., abends halb 9 Uhr, im Lokal zur „Linde“ Mitgliederversammlung. In derselben wird der Bericht vom Parteitag gegeben werden und ist es daher notwendig, daß alle Parteigenossen pünktlich und vollzählig erscheinen. 2145

Wasserstand des Rheins.

11. Juli.
Schusterinsel 2,73 m, gest. 50 cm, Rehl 3,02 m, gest. 6 cm
Marau 5,34 m, gest. 47 cm, Mannheim 4,35 m, gest. 29 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nach Oberlich. Die Erteilung einer Wirtschaftskongession hat allerdings zur Voraussetzung, daß der Bewerber um die Kongession einen guten Leumund besitzt. Jedoch ist nicht anzunehmen, daß das mitgeteilte kleine Vergehen als Grund zur Kongessionsverweigerung genommen wird. Sollte das dennoch geschehen, würden wir empfehlen, Beschwerde wegen der Verweigerung zu führen.

Briefkasten der Redaktion.

L. P. M. In Sachen der Krankenfürsicherung ist gegen die Entscheidung der Krankenkasse Beschwerde an das Versicherungsamt zulässig.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Wir empfehlen Schwarzwaldführer von Ruffener 2 Mk., Touristenarten usw. Kurbuch 70 Pf., Blisfahrplan 25 Pf.

Der **Totalausverkauf** wegen Geschäfts-Aufgabe wird zu **unerreicht billigen Preisen** fortgesetzt.

Sämtl. Herbst- und Winter-Konfektion Paletots, Ulsters, Joppen, Anzüge, Havelocks etc. mit ganz besonderer **Extra-Preis-Ermässigung** da ich schnell damit räumen will.

A. Stein Kaiserstrasse 74 am Marktplatz.

Der große Erfolg, der enorme Andrang den ich bereits in den ersten Tagen meines **Saison-Räumungs-Ausverkaufs** zu verzeichnen hatte, ist ein geradezu glänzender Beweis meiner ganz enormen Billigkeit! Jede Kundschaft sollte diese günstige Einkaufsgelegenheit benützen. Prüfen Sie meine heutigen neuen Schlager!

Ein Posten Kinder-Stiefel schwarz und braun jedes Paar 95	Ein großer Posten Kinder- u. Mädchenstiefel braun, Nr. 27-35 nur 375	Ein großer Posten braun u. schwarze Halbschuhe amerik. Fassion, Preßsalte Extra-Preis 595
Ein Posten Herren-Schnürstiefel zum Strapazieren solange Vorrat . . . nur 450	Ein großer Posten braune Damen-Stiefel echt Chevreau mit Lacktappen . . . nur 650	Ein großer Posten braune Herren-Stiefel echt Chevreau mit u. ohne Lacktappen nur 650

Nur im **Schuhhaus zur billigen Quelle** Emil Schwarz, Hauptstraße 69. Sonntags geöffnet von 8-9 Uhr und von 11-2 Uhr.

Pfannkuch & Co

Neue gelbe **Italiener Kartoffeln** 3 Pfd. **20** Pfg. 10 Pfd. **65** Pfg. Zentner **6**—

Neues **Sauerkraut** Pfd. **15** Pfg.

Die ersten neuen **Holländer Vollheringe** Stück **10** Pfg.

Neue **Bismarck-Heringe** aus frischen Fischen Stück **10** Pfg. die 4 Liter Dose Mk. **2.60**

Die ersten, neuen, scharfen **Holländer Robeß-Bücklinge** Stück **10** Pfg.

Pfannkuch & Co G. m. b. H. In der bekanntesten Verkaufsstelle

Spanische Weinhandlung von **Jaime Miro** empfiehlt ihre garantiert naturreinen **Weine**

Rotwein von 60 Pfg. per Liter an
Weisswein von 70 Pfg. per Liter an
ff. Süß- und Dessertweine
Cognacs und Liköre.

Verkaufsstellen: **Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstraße 20.**

Konsum-Verein Durlach Wir empfehlen unseren Mitgliedern zur Mostbereitung einen garantiert reinen **Spanischen Wein.** Da die Preise täglich steigen können, ersuchen wir um sofortige Bestellung. Für den Herbst beabsichtigen wir **Spanische Trauben** zu führen. Bestellungen hierfür müssen spätestens bis 4. August gemacht sein, damit wir in der Lage sind, frühzeitig liefern zu können. Der Vorstand.

Karlsruher Familien-Krankenkasse (unter staatl. Aufsicht) gewährt Arzt, Apotheke usw. Freie Arztwahl. 1118 Prospekt sind erhältlich in den Filialen: Oststadt: Gerwigstr. 60 III Mittelstadt: Jähringerstr. 82 II Weststadt: Grenzstraße 34 I Südstadt: Morgenstraße 6 II

Waschkommodchen schönes mit Schublade, für 5 Mk. zu bet. Brauerstr. 15. 3. St. r.

Sensationelles Angebot

Während der nächsten Tage kommen die **neu eingetroffenen**

Partie- u. Gelegenheitskäufe

so lange Vorrat reicht, zum Verkauf.

Ich hatte die seltene Gelegenheit, **Partieposten** zu erwerben, welche die Fabrikanten infolge der vorgerückten Saison **weit unter Herstellungspreisen** abgaben und **nur letzte Modeschöpfungen** sind, also keine Waren von früheren Saisons.

Besonders hebe ich hervor:

- Große Posten Zephir- und Leinen-Blusen regulärer Wert bis Mk. 5.— jetzt 2,50, 1,80, 1,50, 1,20, **75** $\frac{1}{2}$
- Große Posten Batist- und Voile-Blusen jetzt von **95** $\frac{1}{2}$ an, unerreicht billig.
- Große Posten Mousseline-Blusen (reine Wolle) regulärer Wert bis Mk. 8.— jetzt Mk. 3,50, 2,50, **2,00**
- Große Posten Seiden- und Spitzen-Blusen jetzt von **5,00** Mk. an, weit unter Preis.
- Große Posten Kostüm-Röcke aus guten englisch gemusterten Stoffen Mk. 5,50, 4,50, 3,50, **2,75**
- Große Posten Kostüm-Röcke aus blauen und schwarzen Cheviotstoffen von Mk. **3,75** an.

Nicht wiederkehrendes Angebot!
Ein Posten Voile- und Mousselinekleider
 — Reine Wolle. —
 Serie I Mk. **9,00** Serie II Mk. **12,50**

- Große Posten Franz. Kleider in Seide, Voile und anderen modernen Stoffarten, weit unter Herstellungswert.
- Große Posten Jackenkleider in Leinen und Frotté zu jedem annehmbaren Preis.
- Große Posten Jackenkleider auch für ganz starke Figuren, regulärer Wert bis Mk. 100.—, jetzt Mk. 36.—, 30.—, 25.—, **20,00**
- Große Posten Abendmäntel, Theaterumhänge, und Uebergangsmäntel in modernen Farben von Mk. **3,50** an.
- Große Posten weiße u. schwarze Voile- und Batistkleider jetzt Mk. 20.—, 15.—, 12.—, 8.—, **5,75**

Partie- und Gelegenheitsposten
 (Restbestände), die von früheren Einkäufen herrühren, jedoch ebenfalls nur aus dieser Saison sind, zu solch reduzierten Preisen, dass kaum der Arbeitslohn bezahlt wird.

- Mäntel und Jacken in Tuch, Rips, Popeline, Leinen und Lüstre soweit noch Vorrat reicht **weit unter regulärem Wert.**
- Unterröcke in Leinen, gestreiften Waschstoffen, Trikot, Lüstre, Atlas etc. von **75** $\frac{1}{2}$ an.

Die noch vorhandenen **Brandschadensachen** von jetzt an per Stück **20** und **50** $\frac{1}{2}$

Bitte um Besichtigung meiner daraufhin dekorierten Schaufenster.

Emma Herzberg

Metzgerstrasse 3.

Inventur-Ausverkauf

In allen Abteilungen sind große Posten Waren zwecks vollständiger Räumung ohne Rücksicht auf den früheren Wert ganz bedeutend im Preise herabgesetzt, in Anbetracht der hervorragenden Qualitäten eine selten günstige Kaufgelegenheit.

Auf sämtliche einfarbigen, schwarzen und weissen Damen-Kleiderstoffe Aussteuerartikel Leinen- und Baumwollwaren Bettbezug- und Wäschestoffe Gardinen, Decken etc.

10% Rabatt

Es werden folgende hohe Rabattsätze gewährt:

Auf sämtliche Herren-, Damen- und Kinderwäsche Schürzen, Unterröcke Srikofagen, Strümpfe, Wollwaren sowie auf Bodenteppiche, Linoleum

20% Rabatt

Auf grosse Posten Damen-Kleider- und Blusen-Stoffe, Seidenstoffe Herren- u. Knaben-Anzugstoffe Blusen- und Kostüm-Röcke sowie auf sämtliche Rester

30% Rabatt

Grosse Gelegenheitskäufe zu Verlustpreisen!

Kleiderstoffe, reinwollen, Wert Mk. 1.35 bis 4.20	Meter jetzt Mk.	.85	1.25	1.75	2.25
Kostüme, 130 cm breit, Wert Mk. 2.25 bis 5.50	Meter jetzt Mk.	1.50	1.90	2.50	3.50
Grosser Posten Seidenstoffe, Messaline, Taffet, Rohseide, Foulard	Meter jetzt Mk.	.95	1.45	1.80	2.25

10 000 Mtr. Waschstoffe

Herrenstoffe deutsche und englische Fabrikate

Baumwollmousseline	Mtr. jetzt	25	35	55
Satin, Foulard	Mtr. jetzt	48	55	65
Wollmousseline	Mtr. jetzt	65	95	1.25
Zephir uni und gestreift	Mtr. jetzt	23	40	65
Weisse à jour- u. Stickereistoffe	Mtr. jetzt	38	55	95

Meter jetzt Mk. 2.50 3.75 4.75 6.50

3 Blusen-Tage 30 Prozent Rabatt

Freitag
Samstag
Montag

auf sämtliche weissen und farbigen Blusen.

Grosse Posten Schürzen und Damen-Wäsche zu Ausverkaufspreisen.

W. Boländer Kaiserstraße 121.

Arbeiter-Turnerbund.

X. Kreis. III. Bezirk.

Einladung zum

VI. Bezirks-Turnfest in Grötzingen

am 19., 20. und 21. Juli.

Programm.

- Samstag den 19. Juli.
 - Abends 1/2 9 Uhr: Lampionzug durch die Ortsstrassen, anschliessend Festbankett im Lokal zum „Ochsen“.
 - Sonntag den 20. Juli.
 - Vorm. 5 Uhr: Weckruf.
 - „ 6 „: Beginn des Einzelwertungsturnen.
 - „ 7 „: Beginn des Vereinswertungsturnen.
 - Nachm. 2 Uhr: Festzug nach dem Festplatz; daran anschliessend: Massen-Freilübungen, Keulenschwingen der Turnerinnen, Wettspiel usw.
 - Abends 6 Uhr: Verkündigung des Ergebnisses vom Wertungsturnen.
 - „ 9 „: Festball in verschiedenen Wirtschaften.
 - Montag den 21. Juli.
 - Vorm. 10 Uhr: Fröhlich-Konzert im Lokal. Hierauf: Volksbelustigung auf dem Festplatz.
- Hierzu laden wir alle Freunde der Arbeiterturnsache freundlichst ein.
- Der Bezirks- und Festausschuss.

Deutscher Banarbeiter-Verband

Zahlstelle K.-Daglanden. Am Sonntag, den 13. Juli findet im Wäldchen bei der Abbrücke in Daglanden unser 10-jähriges

Stiftungsfest

statt, verbunden mit Musik, Gesang, Preis-schießen, Glücksrad und Kegelspiel. Hierzu laden wir die organisierte Arbeiterschaft von Daglanden und Umgebung freundlichst ein. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Lokal zum „Karlsruher Hof“ statt.

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Generalversammlung

Die vierteljährliche findet am Sonntag den 13. Juli, mittags 2 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Kassenericht vom 2. Quartal.
 2. Beratung der eingelaufenen Anträge.
- Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag den 7. Juli bei der Ortsverwaltung eingereicht werden.
- Nach § 4 Absatz 1 des Ortsstatuts setzt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Einlassierer) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen.
- Als Legitimation ist Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Herren-Anzüge

Bayer junge deutsche, 30, 6 Wochen alt, gelb mit schwarzer Maske, prämi. Höchst bill. zu verkaufen. Anre bei Dufsch, Kaiserstr. 28. 1791

Herren-Anzüge

Pfannkuch & Co

Beste u. praktischste Fliegenfänger-Pyramiden

Fliegenfänger

- Marke „Schwapp“ 1686
- Stück 5
- 100 Stück 4.60
- Marke „Droffel“ und andere
- 3 Stück 10
- 100 Stück 2.70

Pfannkuch & Co

Billiges Angebot!

- Kostüme M 5.50 an
- Leinen-Mäntel M 4.50
- „ Röcke M 3.50
- „ Blusen, weiß u. fsg. M 2.90
- „ Damenhemden M 1.95
- „ Damenhosens M 1.95
- „ Unterröcke M 1.75

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Keine Ladenscheine. 1631